

MECKLENBURGER

AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 4. Jahrgang · Nr. 1/2 · 8. Januar 1993 · 1,50 DM

2F 8971C

Israel: ausgegrenzt

Seite 2

Wohnungsbau blockiert

Seite 4

Portrait: Irland

Seite 5

Kalenderblatt: de Beauvoir

Seite 6

Problem Endlagerung

Seite 8

Reise: Rennsteig

Seite 10

Hürden der Einheit

Zum neuen Jahr Ministerpräsident Berndt Seite: "Politisches Handeln muß gerecht und solidarisch sein und sensibel auf die Nöte und Sorgen der Bürger eingehen." Das hören wir immer wieder gern, so tönt es aus berufenem Munde. Wenn es doch nur nicht bei frommen Wünschen bliebe.

Weit haben wir's gebracht mit der geeinten Nation! Es macht richtig Vergnügen, wenn sich unter deutschen Tannenbäumen kürzlich noch getrennte Geschwister voll Eintracht wieder und wieder in Tränen ausbrechen, das warme Gefühl des Dankes für die Einheit strömt von Mensch zu Mensch...

Doch der Alltag ist rau. Wenn zum Beispiel ein ostdeutscher Familienvater und Kadettfahrer lautstark verkündet: "Alle Wessis sind Verbrecher!" - er allenfalls bereit ist zugestehen, daß es eventuell auch nur 80% jener neuen deutschen Spezies Mensch sei. Überhaupt ist die Empfehlung für das neue Jahr: Aufpassen! Denn Verbrecher lauern überall. So erkundigte sich eine Dame in einem Hamburger Kaufhaus beim Wachpersonal: "Sie stehen wohl hier, weil die Ossis wie die Raben klauen! Dabei schmeißen wir denen das Geld nur so nach!"

Karikaturen? So garstig sind die geeinten Geschwister denn doch nicht zueinander? Wollen hoffen. Doch zu befürchten ist, es ist noch viel schlimmer. Mißgunst, Sozialneid auf beiden Seiten. Die unendliche Geschichte. Das Erschreckende an der deutsch-deutschen Katerstimmung ist: Alle wissen, wo die Ursachen liegen, keiner tut etwas dagegen. Längst ist klar, die Einheit hat uns kalt erwischt. Dem Osten wurde der Westen draufgesetzt, nach dem Motto: Was im Westen paßte, paßt auch im Osten. Basta. Und dann ging's los. Das Volk blieb bei den Entscheidungen über das Wie außen vor. An vielen Schaltstellen der Wirtschaft sitzen heute clevere Geschäftsleute, oft genug aber auch heute noch alte SED-Funktionäre. An fast allen Schaltstellen der Verwaltung sitzen heute Altbundesbürger. Wie sollte es auch anders gehen. Für Otto Normalverbraucher hat sich also vordergründig kaum etwas gewendet.

Außerdem - in Freiheit zu leben, ist irgendwie auch anstrengend. Keiner sagt: "Das mußt du tun oder lassen." Otto muß sich heute ziemlich durchwurschteln. Und auf das schlimmste war er nicht gefaßt: Er verlor seine Arbeit. Damit wurde mehr verloren als ein Job, der Arbeitsalltag in der DDR war Begegnung, Kommunikation. Wenn Otto heute in seiner Neubauwohnung sitzt, kommt er sich ganz schön ver-

lassen vor. Das macht Frust und der macht Wut.

Gelernte Untertanen, die wir nun einmal sind, warten darauf, daß "die da oben" etwas gegen all dies unternehmen. Doch weit gefehlt. Der Finanzminister versteckt seine Schuldenpolitik unter dem Problem der Einheit. Den Wirtschaftsminister haben wir gerade verloren. Der Kanzler scheint überfordert: Nach Steuerlügen und viel zu spät aufgegebenem Zweckoptimismus fällt dem Oggersheimer dieser Tage nichts besseres ein als eine neue Feindschaft im Land zu fördern. Mitte Dezember wurde wie ein Versuchsbomben - wer sandte ihn ab? - eine Liste in die Öffentlichkeit lanciert, nun wird schon mit ihr politisch gearbeitet. Die Zielgruppe des neuen Jahres sind die Menschen, die auf die Hilfe des Sozialstaates angewiesen sind! Sie sind die neuen Feinde des Aufschwungs. Wir lassen uns die Einheit etwas kosten und sei es den inneren Frieden! Es muß gespart werden. Doch keine Ergänzungsabgabe, keine Investitionsregularien, die der Wirtschaft wirklich aufhelfen. Allenfalls in ein paar Jahren wieder die Solidaritätsabgabe aus der Tasche der Steuerzahler. Bevor die öffentlichen Haushalte abspecken oder gar die der Wohlhabenden im Lande, muß bei den etwas ärmeren Bürgern nach Manövriermassen gesucht werden. Von denen gibt es sowieso mehr, also - es könnte sich lohnen. Als phantastischer, böser Nebeneffekt ergäbe sich noch folgender Umstand: Da es im Osten bald anteilig mehr Sozialhilfeempfänger geben wird als im Westen, wird gleich an Ort und Stelle gespart. Bloß, da die Armen bekanntlich immer ärmer werden, wird diese Politik den Osten Deutschlands besonders treffen.

Hinter solcher Sparpolitik kann nun wahrlich kein Genius mehr am Werke sein. Es handelt sich hier zum einen um blanken Zynismus. Immer mehr Menschen in Deutschland leben an und unter der Armutsgrenze. Zum andern ist politischer Weitblick gänzlich zu vermissen. So wächst nichts zusammen, aber der Frust.

Ein Makel fiel im letzten Jahr auf uns alle: Der Haß gegen Ausländer. Es wurde im vergangenen Jahr Normalität, daß täglich eine Hatz gegen Fremde veranstaltet wurde. Nachdem die hohe Politik dem Mob nachgab und in unheiliger Allianz den Asylartikel änderte, kann anderes anders werden: Nach Asylschmarotzern nun Sozialschmarotzer. Armes Deutschland!

Regine Marquardt



Alte Geschäftsstraße in Grabow

Foto: Rainer Cordes

Möllemann

Es geschieht ja allzu selten, daß es Politikern vergönnt ist, auf ihnen gemäße Weise von der Bühne abzutreten. Jürgen Möllemann hat das, immerhin, erreicht: Das Ding mit der Unterschrift unter ein Schreiben an die bundesdeutschen Einzelhändler, in dem sich der Minister für die "pfiifige" Einkaufswagenchip-Erfindung ausgerechnet seines Veters starkgemacht hat, paßt zu dem Mann ebenso gut wie sein Einsatz für das illegale Weiterwirken eines dubiosen Wunderheilers. Dabei ist es an sich schon eine erstaunliche Leistung, daß jemand bis in ein so hohes Staatsamt dringen konnte, dessen Statur und dessen Talente eigentlich höchstens ausreichen, um Schatzmeister eines erfolglos gegen den Konkurs kämpfenden Vereins der Fußball-Bundesliga zu werden. Aber der für nichts außer für die Ausgestaltung seiner eigenen Karriere kompetente Möllemann ist schließlich immer nur dann was geworden, wenn gerade kein anderer da war.

Gerade gut genug zu sein, wenn die wirklich Guten fehlen, - das ist mittlerweile in allen Parteien ein "pfiifiges" Erfolgs-Rezept für stets gutgekleidete, zum Benimm wie zur Intrige fähige politischer Schirmständer, die in den immer längeren Phasen und immer weiteren Feldern zur Verfügung stehen, für die es an talentierten, couragierten und unabhängigen Akteuren mangelt. Mit Jürgen Möllemann ist dieser an Zahl und Gewicht rapide anwachsenden Gruppe der profillosen Karrieristen nun die Leitfigur abhanden gekommen. m. w.

Das Europa ohne Grenzen hat seine Grenzen

Seit dem 1. Januar 1993 ist es so weit, - EG-Europas Grenzen sind keine mehr, der freie Verkehr von Personen, Gütern, Kapital und Dienstleistungen wird Wirklichkeit, und all das hat auch noch eine "soziale Dimension". So weit die Illusion. Die Realität nimmt sich weit weniger spektakulär aus: Anstelle des Wegfalls aller Grenzkontrollen reduziert sich lediglich die Häufigkeit jener Stichproben ein bißchen weiter, die ohnehin seit einigen Jahren an den Übergängen zwischen EG-Staaten nur noch üblich waren; Keine Einigung zwischen den Vertragspartnern gab es bisher auch über die Beseitigung der Doppelbesteuerung von Unternehmen, ein gemeinsames Markenrecht und die Schaffung europäischer Aktiengesellschaften; Unternehmen müssen ihre Tochtergesellschaften weiterhin nach dem Recht des jeweiligen Gastlandes gestalten und den Schutz einer Handelsmarke in allen zwölf Ländern einzeln beantragen. Arbeitnehmer können sich zwar überall in EG-Europa niederlassen, aber die Inanspruchnahme etwaiger Steuervorteile des Gastlandes bleibt ihnen verwehrt. Und sich auf den dem Buchstaben nach gemeinsamen freien Arbeitsmarkt auch wirklich einzulassen, wird angesichts krasser Struktur-Unterschiede auch nicht gleich übermorgen früh zur bequemen Selbstverständlichkeit zwi-

schen Frankfurt/Oder und Bordeaux, zwischen Kopenhagen und Palermo werden. Überhaupt bekräftigt der Binnenmarkt eher die Beschränkung auf die wirtschaftliche Dimension, als daß er ein Meilenstein auf dem Weg zu irgendeiner anderen wäre: Die soziale Komponente bleibt ebenso in zu nichts verpflichtenden Deklamationen hängen wie die Eigenständigkeit und das Eigengewicht der politischen Institutionen der EG.

Selbst der mit vielen Vorschußlorbeeren bekränzte, als Kernstück des Binnenmarktes verheißene freie Wettbewerb stößt auch weiterhin an nationale Grenzen, - so bleiben etwa die Monopole im Energie-Bereich und bei der Telekommunikation unangetastet.

Dennoch sind mit dem Jahreswechsel eine Reihe durchaus einschneidender Änderungen in Kraft getreten:

- Jeder EG-Bürger kann sich jetzt im Land seiner Wahl aufhalten und niederlassen, - nicht allerdings ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung, die es wiederum nur gegen den Nachweis gibt, daß der Antragsteller über genügend Geldmittel verfügt, um dem gastgebenden Staat nicht auf der Tasche zu liegen;

- die Mehrwertsteuer steigt in Deutschland im Zuge der geforderten Angleichung auf den EG-Min-

destwert von 15 Prozent auf eben diese Marke;

- wer künftig bei Reisen durch die EG für den Eigenbedarf einkauft, braucht die Grenzkontrolle nicht mehr zu fürchten. Umzugsgut oder Waren können jetzt problemlos mitgenommen werden. Für Zigaretten und Alkohol gelten allerdings Höchstgrenzen;

- den im Binnenmarkt garantierten freien Kapitalfluß gibt es zwischen den meisten EG-Staaten schon seit 1988; mit der Beteiligung von Portugal, Irland und Griechenland sind jetzt alle Zwölf dabei. Angesichts der Währungsturbulenzen der zurückliegenden Monate fragt sich allerdings, ob sich die Errungenschaft des freien Kapitalverkehrs in Krisenzeiten nicht rasch als Muster ohne Wert erweist. Die Banken dürfen jetzt EG-weit tätig werden, brauchen sich aber auch weiterhin nur einem einzigen Zulassungsverfahren und der Kontrolle in ihrem jeweiligen Heimatland zu stellen;

- Befürchtungen, mit dem Wegfall der Grenzkontrollen könnten verstärkt verdorbene oder gar gesundheits-schädliche Lebensmittel in die Geschäfte gelangen, halten sich ungefähr die Waage mit der gegenteiligen Annahme, das EG-weite, bei den Herstellern ansetzende Lebensmittel-Kontrollsystem sei dem bisher an den Grenzen prakti-

zierten Stichproben-Verfahren überlegen. Dennoch sind weitere Lebensmittel-Skandale nicht auszuschließen.

Als durchaus zwiespältig erweisen sich bei näherem Hinsehen die Segnungen des freien Personenverkehrs: Innerhalb der EG gibt es zwar anstelle regelmäßiger Personenkontrollen an den Grenzen nur noch sporadische Überprüfungen. Bei Reisen in Nicht-EG-Staaten wie beispielsweise Österreich oder die Schweiz muß allerdings sogar mit noch schärferen Kontrollen gerechnet werden. Und wer gar aus den europäischen und sowieso schon auf dem europäischen Arbeits- und Krisen-Regionen in's vereinte Europa einreisen will, den wird die ganze Schärfe der Abgrenzung der westeuropäischen Wohlstands-Insel gegen die neuen Zuwanderer-Ströme treffen, - der Freizügigkeit im Inneren entspricht die immer schroffere Abschottung nach außen.

Das Konzept für den Binnenmarkt ist in einer Zeit entstanden, in der kaum jemand die gewaltigen Veränderungen der letzten Jahre für möglich hielt. Das merkt man ihm an. Ob eine Zugewinnsgemeinschaft der Reichen eine glaubwürdige Antwort auf die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme Europas und der Welt sein kann, werden nicht nur ein paar linke Außenseiter bezweifeln. w. schl.

Randbemerkung

Bittere Bilanz

Ehe uns das neue Jahr alltäglicherweise, lohnt sich ein ehrlicher, unverstellter Blick zurück. Er mag uns helfen, das kommende Ungemach in der deutschen Politik als vorwiegend selbstverschuldet zu begreifen und uns damit vor Selbstmitleid zu bewahren.

Beginnen wir mit dem Fazit der drei gesamtdeutschen Jahre: Das Glück der deutschen Einheit klebt wie Pech an den Händen der Kohl-Regierung. Nichts ist gelungen, weil nichts gewagt wurde. Das Teilen und Umverteilen nicht, auch nicht der Verzicht darauf, einfach weiterzumachen wie bisher und schon gar nicht der Versuch, sich aufeinander einzulassen. Die Grausamkeiten des Neubeginns, die den Deutschen aus dem hypertrophierten Westen und dem ausgelaugten Osten hätten zugemutet werden müssen, wurden erst gar nicht erwogen. Statt bitterer Wahrheiten gab es jede Menge Versprechungen. Aber, und dies gehört mit zu den Selbsterkenntnissen, es gab auch wenige, die nach den verschwiegenen Wahrheiten verlangten.

Der Verzicht auf den großen Wurf, den die Aufhebung der Teilung erforderte, vielleicht aber auch nur das Unvermögen dazu, enthüllte zugleich als das Mittelmaß des politischen Managements in Koalition und Opposition, wie auch das Kulissenhafte an der Wirtschaftsmacht Deutschland. Das zeigt sich bis zur Stunde durchgängig auf allen Ebenen deutscher Politik. Am deutlichsten in der Konzeptionslosigkeit beim späten Schnüren eines dringend erforderlichen Solidar-Pakets. Aber auch beim leichtfertigen Umgang mit den Normen des Grundgesetzes im Streit um das Asylrecht und die UNO-Verpflichtungen. Und nicht zuletzt in der Diskrepanz zwischen großkotzigem Verantwortungsgerede und kleinmütigem Gezerre um Art und Ausmaß der verfassungsrechtlich erlaubten Bundeswehr-Verwendungen außerhalb Landes. Längst ist das Ansehen der Politiker über den von Bundespräsident Richard von Weizsäcker treffend beschriebenen Umfang hinaus beschädigt. In Mitleidenschaft gezogen sind bereits die Integrität der Verfassung und das Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie. Dieser Vorwurf kann jedoch nicht nur gegen die gewählten Repräsentanten dieses Systems gerichtet sein. Er trifft auch uns, die wir ihn erheben, ohne der offensichtlichen Orientierungslosigkeit der Politiker und ihren das Gemeinwesen zerrüttenden Irrungen und Wirrungen entgegenzutreten.

Das unter Helmut Kohl zum politischen Prinzip erhobene Handeln aus Opportunität ist der eigentliche, von ihm apostrophierte Staatsnotstand. Die ständige Scheu dieser Regierung, das Inopportune, doch notwendig Gebotene zu tun, wie etwa bei der allzu späten Verurteilung der mörderischen Fremdenfeindlichkeit, erfordert eine stärkere Inanspruchnahme des Mitspracherechts durch die Bürger als es in intakten Demokratien üblich ist. Lichterketten können ein Anfang sein, doch ihnen müssen konkrete Forderungen folgen, wenn sie nicht zum gefälligen Alibi, zur karitativen Geste degenerieren sollen. Eine Gefahr, die ohnehin bereits besteht.

Wie folgender friedfertiger Protest gegen verfehlte Politik allein sein kann, hat sich an den Lichterprozessionen in der DDR vor dem Verschwinden des SED-Regimes gezeigt. Kaum waren die notwendigsten demokratischen Strukturen etabliert, wurde ihre ursprünglichkeit, der Runde Tisch, für überflüssig erklärt. Kein Zweifel, daß er wieder her muß.

Aber auch die malade Regierung könnte sich mit mehr Mut zur Improvisation selber wieder auf die Beine helfen. Sie sollte Bonn und seinem Perfektionismus den Rücken kehren und schon jetzt mit wenig Aufwand in Berlin Quartier beziehen. Eine Zeit lang aus dem Koffer zu leben würde sie für die Sorgen der Menschen und die Nöte des Landes empfänglicher machen.

Bernd C. Hesslein

Mit dem Rücken zur Wand

Die nahöstlichen Friedens-Partner müssen über ihren Schatten springen

Die Gewinner des schlimmen Spektakels um die Deportation von über vierhundert palästinensischen Aktivisten der islamisch-fundamentalistischen Terror-Organisation Hamas in das eiserne Niemandsland des Südlibanon sind die Deportierten selbst. Sie haben erreicht, was sie noch vor Wochen kaum zu träumen wagen durften: Mit ihrer Abschiebung hat die israelische Regierung sich nicht nur in den Augen der Weltöffentlichkeit effektiv in's Unrecht gesetzt, sondern auch ihre eigene Politik in eine Sackgasse manövriert - und mit ihr womöglich gleich den gesamten nahöstlichen Friedensprozeß. Daß schließlich gleichzeitig die verhaßte PLO-Konkurrenz, die ihr gesamtes politisches Geschick an die Aussicht auf eine Verhandlungslösung geknüpft hat, sozusagen als lahme Ente dasteht, muß den Propagandisten des Heiligen Krieges den Dezember 1992 geradezu als Wonnemonat erscheinen lassen.

Rund sechs Monate nach dem im Zeichen der Wende zur israelisch-arabischen Verständigung errungenen Erdrutsch-Wahlsieg steht die Regierung von Ministerpräsident Jitzchak Rabin mit dem Rücken zur Wand, - angeprangert durch eine einmütig verabschiedete Resolution des UN-Weltsicherheitsrates, innenpolitisch in der Schere zwischen den Protesten der linksliberalen Kräfte in der eigenen Regierung und dem Spott des rechten Likud-Blocks, dessen Ultra Ariel Sharon sich im Fernsehen darüber lustig gemacht hat, Rabin sei noch nicht einmal fähig, eine Deportation ordentlich durchzuführen. Und die Verständigung mit den arabischen Nachbarn, aber auch mit den gemäßigten Kräften im palästinensischen Lager ist zunächst in weite Ferne gerückt.

Dabei hat Rabin mit der nicht nur unmenschlichen, sondern auch ausgesprochen unvernünftigen Abschiebe-Aktion etwas ausgesprochen Vernünftiges zu bewerkstelligen versucht: Er wollte die bei den Bewohnern des Gaza-Streifens bereits seit längerem politisch dominante und auch im Westjordanland zusehends an Boden gewinnende Hamas entscheidend schwächen und damit nebenbei zugleich den möglichen palästinensischen Partnern bei der Vorbereitung einer Autonomie-Regelung für die besetzten Gebiete um Hanan Aschrawi und Feisal Husseini Auftrieb geben. Doch das Gegenteil hätte ihm nicht vollständiger gelingen können. Die Aktion hat nicht nur der Hamas,



Das Lager der abgeschobenen Palästinenser: Die Deportierten im Niemandsland, die israelische Regierung in der Klemme.

die ja der gemeinsame Gegner der Israelis wie der PLO ist, den mit letzter, das Leben der eigenen Leute nicht schonenden Konsequenz gesuchten Märtyrer-Status verschafft, sondern auch die auf Gedeih und Verderb auf greifbare Ergebnisse des Friedens-Prozesses angewiesene PLO bloßgestellt und geradezu der Lächerlichkeit preisgegeben. Und der Ex-General im Ministerpräsidenten-Amt hat auch noch das Kunststück zugebracht, ausgerechnet in Zeiten der Aufweichung des nahöstlichen Feind-Denkens die Rechtsstaatlichkeit Israels in weltweiten Zweifel zu stellen, indem er den Obersten Gerichtshof förmlich zu verfassungswidriger Gefolgschaft-Treue preßte, - als stünde der nationale Notstand in's Haus, weil Extremisten einen Offizier der israelischen Streitkräfte ermordet haben.

Es schien eine Zeitlang, als sei Israel unter der Führung der Arbeitspartei im Zeichen eines neuen nationalen Konsenses zur Partnerschaft nicht nur mit den arabischen Nachbarstaaten, sondern endlich und vor allem mit den Palästinensern in den seit 1967 besetzten Gebieten fähig. Jetzt haben sich die Hoffnungsträger des Rabin-Kabinetts wieder selber auf die nicht nur eklatant unsinnige, sondern in der gegenwärtigen schwierigen Phase des Friedens-

Prozesses auch grob fahrlässige Haltung festgenagelt, den einzig möglichen Partner einer friedlichen Neuordnung nach Kräften zu schwächen und in seinem politischen Bestand zu gefährden. Ohne eine von einer Mehrheit des Volkes getragene und von Israel anerkannte Vertretung der palästinensischen Interessen wird es aber keinen Frieden geben; diese Vertretung kann nach Lage der Dinge nur die PLO sein, die sich unter dem Druck der Ereignisse auf einen tiefgreifenden Wandel in ihren eigenen Binnen-Strukturen und in ihrem politischen Selbstverständnis eingelassen hat. Wer die Hamas isolieren will, die einer mörderischen Anti-Israel-Ideologie fröhnt und wachsende Unterstützung in der islamischen Welt findet, muß die PLO akzeptieren.

Israel ist in einer schwierigen Phase des Umbruchs begriffen. Das Vertrauen auf die tragende Kraft des Friedens-Gedankens kann eingedenk der Vergangenheit des Volkes, des Staates und jeder einzelnen ihm mit-bildenden Familie nur unter schwerster Überwindung traumatischer Ängste wachsen. Neue Offenheit zu wagen ist unter diesen Voraussetzungen für die Regierung des Landes das denkbar schwierigste Unterfangen, dem immer wieder die Versuchung im Wege steht wird, der Politik von heute mit

den Mitteln von gestern Flankenschutz zu geben und öffentliche Akzeptanz zu sichern. Dafür steht die Deportation der Hamas-Aktivisten als Beispiel. Aber die innenpolitische Auseinandersetzung im Lande unterstreicht zugleich, daß der Gedanke der Verständigung mit dem alten Lieblings-Feind PLO in noch vor wenigen Jahren ungeahnter Weise an Geltung bis in's innerste Machtzentrum der Regierung gewonnen hat. Den Fehler, die Hamas-Radikalen nicht der rechtsstaatlichen israelischen Justiz zu überlassen, sondern in den fanatisch herbeigewünschten Märtyrer-Tod zu schicken, wird Rabin aber eingestehen und durch Zurücknahme ausräumen müssen.

In den vergangenen Wochen konnte man in deutschen Zeitungen hämische Karikaturen sehen und entsprechende Kommentare lesen, die den Israelis unter Verweis auf die Deportations-Affäre empfahlen, mit Äußerungen zu den Gewalttaten gegen Ausländer in Deutschland doch, bitteschön, etwas kürzer zu treten. Das ist mehr und Schlimmeres als nur ein Verstoß gegen irgendeine vor Zeiten vereinbarte zwischenstaatliche Etikette. Das ist nichts anderes als die Logik des seinerzeit hastig zum Rücktritt gezwungenen Rostocker Bürgerschafts-Mitglieds Schmidt, der dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, empfohlen hatte, doch zunächst vor der israelischen Haustür zu kehren, bevor er zu den deutschen Verhältnissen auch nur ein Wort verliert. Es reicht nicht, darüber das Wolltuch wahlweise des Schweigens oder allzu vieler in Bezug auf die eigene Verstrickung nicht übermäßig tiefgründiger Gedenk-Reden zu decken. Denn die Neigung, den israelisch-arabischen Konflikt zu benutzen, um die völlig unverarbeitete eigene Geschichte von Juden-Haß und Holocaust zu relativieren, ist in Deutschland allgemein. Die Axt im Haus erspart den Zimmermann, - nach diesem Motto suchen viele hierzulande den schwierigen Umständen des jüdisch-deutschen Verhältnisses in die wärmende Schein-Normalität des Allgemeinplatzes zu entwischen, daß eben doch jeder irgendwie Dreck am Stecken hat. Weder gezwungene Betroffenheits-Rituale zu den obligaten Jahrestagen noch oberflächliche Bundeskanzler-Ansprachen zum Jahreswechsel machen das ungeschehen. Damit muß jetzt ganz einfach Schluß sein.

Franz Maag

Die Koffer sind gepackt

Und ewig lockt der Wohlstand im Westen Europas

Julka Wjatscheslawowa sammelt leere Shampooflaschen deutscher Herkunft: Apfelfrische von Schwarzkopf, Pfirsichdüfte von Weleda, „Protein-Extra“ von Guhl. Die Exponate ihrer germanophilen Privatsammlung füllen eine ganze Regalwand. Darunter Klavier und Schreibtisch. Darüber Dramen von Brecht und Besinnliches von Peter Härtling.

Russische Shampoos bringen längst ebenso die nötige Spannung in ihr Haar - die monochrome Tönung ist auch aus Moskau Produktion - sind aber eben nicht „Made in Germany“, wie sie sagt.

Die 19jährige Deutschstudentin ist eine von vielen in Kasan, der Hauptstadt der autonomen russischen Republik Tatarstan, die auf gepackten Koffern sitzen. Die meisten Deutschstämmigen sind längst „in der Heimat“, viele Juden im gelobten Land, und Julka ist mit ihren Gedanken auch schon unterwegs. Kasan haßt sie ebenso wie die von ihr als „künstliches Konstrukt“ bezeichnete GUS.

Als Kind einer Tatarin und eines Kasachen hat sie in der russischen Föderation nie ihre Identität gefunden. Die Frage nach ihrer Staatsangehörigkeit kann sie nicht beantworten. „In meinem Paß steht GUS, im Atlas Tatarstan und die Politik schreibt mir Rußland vor.“

Die triste Erdölmetropole zwischen stalinistischer Effizienz-Ar-

chitektur und klotzigen Satellitenstadt wirkt in den graunassen Dezembertagen leblos und leer. Selbst die langen Schlangen vor den Läden trifft man hier in Vordersibirien nicht an; Schaufensterregale bieten noch Zwiebeln, Karotten und Suppengemüse, und das einzige Restaurant in der 1,5-Millionen-Stadt ist wie so vieles in Mafia-Hand.

Lediglich für die segenbringenden Westeuropäer, die, vom schwarzen Gold angelockt, große Geschäfte wittern, wird aufgetischt: Die Abendunterhaltung kommt aus Moskau, die exotischen Früchte aus dem Süden und die Hotelschiffe auf der Wolga aus den USA. Polizeikonvois begleiten die Ausländer auf Schritt und Tritt, und die heiratswilligen Dolmetscherinnen umschwärmen die geschmeichelten Spätvierziger Tag und Nacht: Ein Stück Spätfeudalismus im russischen Frühkapitalismus.

Auch Julka ist auf der Suche nach der guten Auslandspartie, aber sie ist wäherlich: Deutscher muß er sein. Nicht nur weil sie die Sprache perfekt spricht - lediglich ihr sächsischer Akzent erinnert an die Bruderhilfe von DDR-Lehrern - sondern „weil die Deutschen im Gegensatz zu den Russen keine Machos sind“, sagt sie mit ernster Miene.

Viele ihrer Kommilitoninnen setzen schon seit Jahren mit also-

wjetischer Disziplin auf Deutsch, Französisch und Englisch. Oft lernen sie alle drei Sprachen gleichzeitig in der Hoffnung, eines Tages im „Paradies“ zu landen.

In ihrem kleinen Paradies sind die frischfleischbegierigen Geschäftsleute längst angekommen. Die Prostituierten in Kasan sind billiger als in Bangkok und umsorgender als in Düsseldorf.

John Wolf, Chef einer amerikanischen Consulting-Firma im Ölgeschäft, hat erst spät begriffen, warum seine Mitarbeiter es in Kasan wochenlang aushielten. Inzwischen kommen längst ganze Fliegerladungen „ausländerfreundlicher“ Anwärter zur Brautschau nach Vordersibirien.

Julka legt Peter Maffay auf. Eine Homage an ihre Tage in Braunschweig. Sie kennt das Paradies aus der Nähe und verstand nie das Bild des häßlichen Deutschen. Von Rostock hat sie gehört, aber noch nicht weiter darüber nachgedacht. Auf Einladung der Braunschweiger Universität fuhr sie im Frühjahr dieses Jahres zwei Monate lang durch die deutsche Geschichte: Vom Detmolder Herrmannsdenkmal über das hansische Lübeck bis nach Weimar und Bergen Belsen. Seit der Rückkehr plagt sie das Heimweh.

In der Einzimmerwohnung, die sie mit ihrer Mutter teilt, unternimmt sie ihre eigenen literarischen Reisen von der norddeutschen Tiefenbahn bis in die Schweizer Alpen: Von Siegfried Lenz bis

Friedrich Dürrenmatt. Ihre Mutter, die wie viele Tataren in der Sowjetunion stolz war, Russisch akzentfrei sprechen zu können und dabei allmählich ihre eigene Sprache verlernte, hat Verständnis für die Fluchtpläne ihrer Tochter: „Warum soll ich sie halten? Sie ist weder Russin noch Tatarin, weder orthodox noch moslemisch. Wurzeln hat sie in dieser durchmischten Stadt nie schlagen wollen.“

Zwei Jahre dauert Julkas Ausbildung eigentlich noch. Sie spart aber jetzt schon jede Mark für den Flug: „Wer weiß, welche Gelegenheit sich noch bietet“. Mit dem inflationgaloppierenden Rubel kann sie nichts anfangen. Den verachtet sie wie alles andere in der Stadt auch: „Wie gut, daß mehr und mehr Westeuropäer kommen. Die brauchen uns Dolmetscherinnen und bringen ein bißchen Farbe hierher.“ Farbe in Form einiger westeuropäischer Autos, Kühlschränke und Fernsehgeräte für die sich langsam formierende Oberschicht. Die dringend benötigten Investitionen bringen die sagemwobenen Ostpioniere aber nicht. Kombinate bleiben ineffizient, Maschinen verschlissen, Technologien veraltet.

Letzter Schrei auf dem von der Mafia beherrschten Schwarzmarkt sind Nutella, französisches Parfüm und deutsche Kosmetika: Neue Exponate für Sammler.

Jan Wiechmann

Skandal: Kindersterben

Das Kinderhilfswerk der UNO (Unicef) legte Mitte Dezember in Mexiko seinen Bericht über die Lage der Kinder in den Entwicklungsländern vor. Mit Recht wird darin die Situation vieler Kinder und Jugendlichen als „skandalös“ charakterisiert. Dieser Zustand wird vor allem dadurch deutlich, daß demnach wöchentlich 250.000 Kinder Opfer von Unterernährung und Krankheiten werden. In diesem Zusammenhang kritisiert das Kinderhilfswerk, daß derzeit die Entwicklungsländer nur etwa zehn Prozent ihrer Haushalte - und damit wesentlich weniger als für ihr Militär - für die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung ausgeben. Allerdings dürfte ebenso skandalös sein, daß von der internationalen Entwicklungshilfe nach wie vor ebenfalls weniger als zehn Prozent für die Grundbedürfnisse dieser notleidenden Bevölkerung eingesetzt werden.

Unicef macht drei Krankheiten für zwei Drittel der jährlich weltweit 13 Millionen Opfer unter den Kindern verantwortlich: Lungengentzündung, Durchfallerkrankungen und Mäsen. Nur durch eine entsprechende Grundversorgung der Kinder und durch vorbeugende Gesundheitsmaßnahmen wäre diese katastrophale Entwicklung in Zukunft zu verhindern. Wichtig dabei seien u. a. Schutzimpfungen, die bisher nur 80 Prozent aller Kinder erreichten, und die Verbesserung der teilweise unerträglichen Hygiene-Verhältnisse. Unicef machte dabei u. a. folgende Rechnung auf: Mit 100 Millionen Dollar - „weniger als zwei Kampfflugzeuge“ - könnten beispielsweise zehn Millionen Kinder mit dem lebenswichtigen Vitamin A versorgt werden. Und der Unicef-Direktor James P. Grant stellte bei Vorlage des Berichtes fest: „Keine Hungersnot, keine Überschwemmung, kein Erdbeben und kein Krieg fordern 250.000 Menschenleben in einer Woche.“ In dem Bericht gibt Unicef vor allem Faktoren wie Armut, Auslandsverschuldung, Militärausgaben und den wirtschaftlichen Hemmnissen in vielen Entwicklungsländern die Schuld an der elenden, menschenunwürdigen Lage der Kinder und der Heranwachsenden. Auch wenn die eigenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme uns verständlicherweise zunehmend beschäftigen, dürfte und sollte uns diese Entwicklung nicht unberührt lassen. Sie betrifft - genau betrachtet - nämlich auch uns.

Helmut Kater

Impressum:

MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation veröffentlicht unter der Lizenznummer 76. ISSN 0863-369 X. Register-Nummer 309

Herausgeberin und Chefredakteurin: Regine Marquardt

Redaktion: Politik: Regine Marquardt Wirtschaft/Umwelt: Michael Will Kultur: Wolfram Pilz

Ständige Autoren: Agelir, Korl Bak, Catherine Doose, Bernd C. Hesslein, Uwe Jahn, Helmut Kater, Dr. Udo Knapp, Franz Maag, Meir Mandelboom, Holger Panse, Waldemar Schlegel, Dr. Cora Stephan, Dorothee Trapp.

Verlag: Mecklenburger Verlag GmbH Puschkinstraße 19 2750 Schwerin Telefon: 8 33 88

Verlagsleitung: Hans-Ulrich Gienke Anzeigen: Reiner Prinzler

Satz: Gabriele Endreß

Anzeigen-Satz: EDV-Satzstudio D. Roggentin Fregattenstraße 61, 2400 Lübeck

Druck: LN-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Die Strategie des Abwartens

Die Völkergemeinschaft sieht dem Sterben in Bosnien-Herzegowina weiter zu

Jetzt sollen tatsächlich Bundeswehr-Soldaten mit dem UNO-Blauhelm auf dem Kopf in Somalia zum Einsatz kommen, auch ohne daß zuvor das Grundgesetz geändert worden wäre oder das Bundesverfassungsgericht gesprochen hätte. Es scheint, als wüsste die federführende Bundesverteidigungsminister Volker Rühle darüber auch noch für seine Tatkraft gratuliert zu bekommen, - als hätte die Regierung das nicht auch schon viel früher und unter Einsparung eines mehrmonatigen Eiertanzes haben können. Daß nun der ganz hinten an den ohnehin schon mit sträflicher Verspätung in Bewegung gesetzten Geleitzug angehängte deutsche Auftritt mit neuer Kopfbedeckung und neuem Auftrag dem Vorspiel nur wenig an Peinlichkeit nachsteht, wäre mit rechtzeitigem Handeln leicht zu vermeiden gewesen. Um die schlappe SPD zu düpiieren, die ohnehin mehr Volkes vermeintlicher Meinung hinterherhinkt als den sachlichen Erfordernissen, hätte man den Umweg über die Adria und Kambodscha nicht nehmen müssen, um irgendwann doch in Mogadischu anzukommen. Dazu hätte es vollauf gereicht, der aufgescheuchten Opposition spätestens bei der Adria-Bundestagsdebatte im Frühjahr den Fehdehandschuh hinzuwerfen, den aufzunehmen die Sozialdemokraten ohnehin ebenso unfähig gewesen wären wie die Grünen und das Bündnis 90.

Warum also die Verzögerung? War man gar von Skrupeln geplagt, mit out-of-area-Einsätzen gegen den Buchstaben eben jenes Grundgesetzes zu verstoßen, des-



Ein polnischer UN-Soldat im Einsatz.

Foto: amw

sen Geist man für diese Einsätze im Vorhinein die ganze Zeit schon mit so viel Berednis in Anspruch nimmt? Nein, man muß dahin schauen, wo die Politik der EG

aus", hatte selbst Egon Bahr Anfang Oktober in einem MA-Interview zu den Zukunftsperspektiven dieses geschundenen Landes bloß zu sagen gewußt. Und genau das ist auch die Raison der Bundesregierung ebenso wie die der übrigen westeuropäischen Staaten: Sich auf nichts einlassen außer auf die Bekanntheit der Kontonummern der Hilfsorganisationen, - ein Konflikt, auf dessen grauenhaft mörderische Dimension wir nicht vorbereitet sind, hat sich gefälligst alsbald selbst zu erledigen; wir jedenfalls werden uns von ihm nicht erledigen lassen.

Im kleinteiligen und zur Übernahme von gesamteuropäischer Verantwortung unfähigen Denken unserer Politiker konnte es keine Veranlassung geben, das Leben „eigener“ Soldaten in einer Region zu riskieren, die nichts zu bieten hat außer ihrer alljährlich zum besten Sendezeit im Fernsehen übertragenen Leidensgeschichte. Den sonst so markigen Rühle sah und hörte man denn auch unermüdetlich davon reden, wie schreck-

lich es doch wäre, wenn Söhne Deutschlands in Bosnien ihr Leben lassen müßten. In ähnlicher Weise ließen sich die führenden Leute der übrigen NATO-Mitgliedsstaaten vernehmen. Das heißt ja nichts anderes, als daß der Westen nach dem Ende des Kalten Krieges, in dem die beiden Militärbündnisse einander glaubhaft angedroht hatten, gleich den gesamten Erdball zu verdampfen, nur noch über Operetten-Armeen verfügt, deren wesentliche Aufgabe darin liegt, Summen in obszöner Größenordnung für martialische Waffensysteme zu verschlingen, für die es keinen nachvollziehbaren Verwendungszweck mehr gibt.

Aber Bosnien-Herzegowina hat sich mit seinem Sterben allzu viel Zeit gelassen, alles heimliche Daumendrücken in den westlichen Hauptstädten für den serbischen Aggressor, er möge rasch zum Ziel kommen, hat nichts gefruchtet. Vertreibung, Massenmord und Massenvergewaltigung dauern an, ja, nehmen an Heftigkeit und Grausamkeit eher noch zu, und selbst der windige Friedens-Apostel Milan Panic wurde nach einer manipulierten Wahl Niederlage außer Landes in die Flucht geschlagen. Zugleich mehren sich die Anzeichen für eine Ausweitung des Konflikts auf Kosovo. Und aus Moskau lassen die der alten Nomenklatura verhafteten Gewinner des Machtkampfes mit Boris Jelzin wissen, sie sähen sich in ihrer Fürsorgepflicht für die Belgrader Geistes-Verwandtschaft herausgefordert. Der Strategie des Abwartens und der Alibi-Verhandlungen ist nachträglich für alle sichtbar die Grundlage entzogen.

Bevor sich das fälschlich fest am politischen Gängelband des Westens vermutete Rußland am Ende noch zur Schutzmacht der serbischen Interessen aufspielt, muß man natürlich glaubhaft machen, daß man notfalls - also im Fall des In-Not-Gerats der eigenen Interessen - hinabsteigen wird in die Wirren des Balkan. Und keine Not der Welt außer dieser hätte einen je dorthin bringen können. Was Wunder, daß jetzt in Brüssel, Washington und sogar in Bonn laut über das zuvor für undurchführbar Erklärte nachgedacht wird: Über die militärische Intervention.

Aber es geht nicht um die Menschen in Bosnien-Herzegowina, einem Land, das all die Staaten, von denen die Regierung im eingeschlossenen Sarajevo seit Monaten vergeblich Hilfe erlief, am allerwenigsten auf der Landkarte vermissen würden. Und weil es darum nicht geht, sondern um die sogenannten übergeordneten Interessen der zu einer von Moral getragenen internationalen Politik unfähigen Mächte, wird man sich nach Kräften bemühen, die Gefahr letztlich doch noch abzuwenden, zu einem Eingreifen gezwungen zu sein. Wozu lassen sich die Polit-Promis also immer noch ständig in die hungernde und frierende bosnische Hauptstadt einfliegen, außer um wahrhaftiges Handeln durch verlogene Symbolik zu ersetzen? Vermutlich um zu demonstrieren, daß man auch mit einer kugelsicheren Weste am Leibe trefflich mit den Schultern zucken kann. UNO-Generalsekretär Bhutros Ghalil hat den Zynismus der sogenannten Völkergemeinschaft bei seinem jüngsten Kurz-Aufenthalt in Sara-

jevo auf den Punkt gebracht: Auf die Frage, wo denn die UNO-Interventionstruppe bleibe, hielt er den Verzweifelten vor, es gebe seines Wissens noch etwa zehn Konfliktherde in der Welt, wo es noch schlimmer zugehe als in Bosnien-Herzegowina. So redet man mit Menschen, die man abgeschrieben hat. Von entsprechender Qualität ist auch der jüngste, bei der neuerlichen Verhandlungsrunde in Genf sehr zur Zufriedenheit des Anführers der serbischen Milizen präferierte Friedensplan: Er sieht die Aufteilung Bosnien-Herzegowinas in zehn weitgehend unabhängige Kantone vor, - also genau das, was die Serben und Kroaten brauchen, um ihre Strategie der „ethnischen Säuberungen“ vollständig umzusetzen und sich die so „gesäuberten“ Gebiete ihrer Wahl ungehindert anzueignen.

Die Bundesregierung muß sich endlich in der Pflicht sehen, die notwendigen Schritte zur Beendigung des Gemetzels einzufordern und die Erklärung ihrer eigenen Bereitschaft zur Mitwirkung daran voranzustellen. Die gebetsmühlenartigen Verweise auf die spezielle geschichtliche Verantwortung, die einem dies verwehrt, sind so glaubwürdig wie wenn jemand behauptet, er müsse seinen Nachbarn deshalb hilflos sterben lassen, weil die eigenen Vorfahren schon am Tod der Eltern des Nachbarn schuld waren. Wenn wir wirklich von gewachsenem deutschem Gewicht verantwortungsvollen Gebrauch machen wollen, müssen wir endlich dem Volk von Bosnien-Herzegowina zur Hilfe kommen.

Michael Will

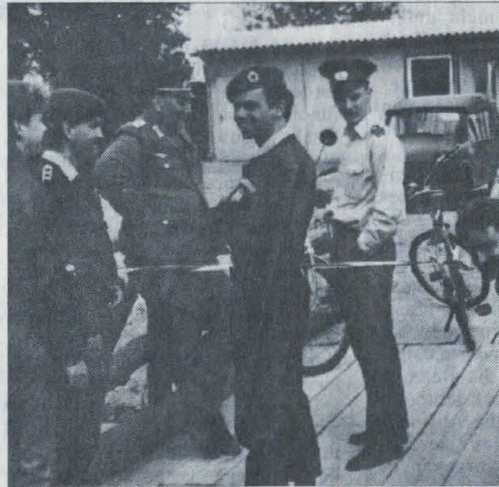
Das militärische Erbe der DDR

Kaum drei Jahre ist es her, als an Runden Tischen noch erbittert über die Umwandlung der NVA in eine Armee des Volkes gestritten wurde. Vor wenigen Tagen nun wurden die ersten Offiziere mit NVA-Vordienstzeit als Berufssoldaten in die Bundeswehr übernommen. Die NVA ist Geschichte, ebenso wie der Staat zu dessen Schutz sie einst befohlen wurde. Aber ist dieses Kapitel militärischer Vergangenheit tatsächlich schon abgehakt? Wohl kaum, wenn man z.B. nur an die Auseinandersetzungen um die Weitergabe von Waffen der NVA ins Ausland und ihrer dortigen Verwendung, bis hin zur Bekämpfung von Volksgruppen und Minderheiten, denkt. Investitionshemmende Altlasten in Milliardenhöhe auf ehemals militärisch genutztem Gelände in den neuen Bundesländern erinnern aber auch hier daran, daß mit der Abwicklung der NVA und dem Abzug der russischen Truppen längst nicht die ökologischen Zeitbomben entschärft sind, die nun als Hinterlassenschaft übernommen werden. Schwerwiegender sind aber die potentiellen sozialen Zeitbomben. Das betrifft die Umstellung von einst das Militär versorgenden Betrieben ebenso wie die Überwindung von Arbeitslosigkeit und Strukturschwäche im Umfeld ehemaliger Standorte. Die durch den Bund getroffene Entscheidung, das ursprünglich versprochene Konversionsprogramm fallenzulassen und stattdessen den Ländern einige frei verwendbare steuerliche Hilfen für eigene Initiativen anzubieten, stellt diese angesichts anhaltenden Geldmangels in allen Bereichen vor die schwierige Aufgabe einer permanent pragmatischen Güterabwägung. Während der Bund weithin Alleinverantwortung für die militärische Nutzung von Liegenschaften beansprucht, sind es demnach vor allem die Länder und Kommunen, welche unmittelbar mit den negativen Folgen militärischer Abnutzung fertig werden müssen. Mecklenburg-Vorpommern (M-V) ist hiervon in mehrfacher Hinsicht besonders betroffen. Es ist das strukturschwächste aller Bundesländer, mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 0,7 Prozent (1991) und einem Bevölkerungsanteil von 2,4 Prozent. Wie kein anderes Bundesland

trägt M-V an der katastrophalen wirtschaftlich-sozialen Hinterlassenschaft der DDR. Sämtliche bisherigen Haupterwerbszweige - Wertindustrie, Landwirtschaft, Rüstungswirtschaft - wurden mit voller Wucht von Verfall oder auszehrender Strukturkrisen befallen. Ihr augenfälligstes Resultat war eine verdeckte Arbeitslosenquote, die nach Gewerkschaftsangaben in den Wintermonaten des Jahres 1992 mehr als 43 Prozent betrug und die höchste aller Bundesländer war. Eine infolge fataler Abschottungspraxis der DDR vernachlässigte Ost-West-Infrastruktur bedeutete, gerade für die militärisch stark beanspruchten Gebiete Vorpommerns, zusätzlich empfindliche Entwicklungs Nachteile des Landes. Die Abwicklung des militärischen Erbes der DDR war folglich von Anbeginn mit denkbar ungünstigen Rahmenbedingungen konfrontiert. Das Ausmaß individueller Betroffenheit durch personelle Abwicklung ist nicht ganz einfach zu erfassen. Statistisch schlägt jedenfalls zu Buche, daß bis 1991 etwa 15 500 Personen aus Beschäftigungsverhältnissen beim Militär entlassen wurden.

Weitere 3 000 scheiden bis zum Jahr 1994 aus. Bei einem hochgerechneten Bestand an Berufs- und längerdienenden Zeitsoldaten von 20 050 sind dies etwa 70 Prozent der Armeeingehörigen mit NVA-Vordienstzeit. Ein ähnliches Resultat ist im Falle der Zivilbeschäftigten zu verzeichnen. Allerdings verwischt diese Art von Statistik gravierende Ungleichgewichte regionaler und struktureller Art. Die Entlassungsquote ist beispielsweise mit Blick auf die gesamte NVA vor allem bei der in M-V stationierten Marine empfindlich hoch, wo weniger als sechs Prozent Personal mit VM-Vordienstzeit (etwa 460 Mann) in der Bundesmarine verbleiben werden. Am schwierigsten ist die Situation im Umkreis der ehemaligen militärischen Ballungsräume. Bis zu 1 800 Soldaten waren beispielsweise zu Zeiten der DDR im Raum Wolgast stationiert, etwa 1 100 Mann im Raum Dranske. Der Anteil der unmittelbar militärisch gebundenen Beschäftigten (Berufs- und Zeitsoldaten) an der Erwerbsfähigkeit der Bevölkerung der Kreise betrug auf Rügen sechs Prozent, im Kreis Wolgast sogar mehr als neun Pro-

zent, wenn hier die Beschäftigten der ehemaligen Volksmarine-Werft einbezogen werden. Das entsprach dem Sechs- bis Achtfachen des Durchschnitts der heute zu M-V gehörenden Landkreise.



Soldaten in Deutschland

Bis 1995 soll sich das Verhältnis in beiden Kreisen in das Gegenteil verkehren. Bei einem Landesdurchschnitt von etwa zwei Prozent der Erwerbsfähigen sollen hier nur noch weniger als 0,2 Prozent der Beschäftigten bei der Bundeswehr angestellt sein. Die mit bis zu 80 Prozent weit über das Landesmittel reichenden Zahlen in der örtlichen Erwerbslosenstatistik verweisen auf enorme Anpassungsprobleme. Die Strukturschwäche offenbart dabei noch immer zu wenige berufliche Alternativen, eine Kompensation durch Pendeltätigkeit in den alten Ländern entfällt aufgrund der räumlichen Entfernung praktisch ohnehin. Sie könnte auch keine Lösung sein.

Wird die Beschäftigungslosigkeit im Umfeld der Standorte nicht gezielt durch Investitionen gemindert, so droht unzweifelhaft eine überproportionale Quote verdichteter Langzeitarbeitslosigkeit. Deshalb sind zum einen weitere Soforthilfen vonnöten, um bereits erkennbaren sozialen Spannungen und Verwerfungen (z.B. durch Abwanderung junger Fachkräfte) zu begegnen. Ebenso bedeutsam ist aber der Blick in die Zukunft. Die Spezifika der Randzonenlage klagt langfristige strukturpolitische Entscheidungen zur Regionalentwick-

lung ein, die z.B. noch stärker auch eine zu erwartende Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft nach Osten in die Überlegungen einbeziehen sollten.

Mit Blick auf die Wendezeit ist

der Protest der Bevölkerung gegen die Belastungen durch das Militär der NVA und der Westgruppe noch gegenwärtig. Kurzzeitig schien damals sogar die politische Vision einer Entmilitarisierung der DDR in greifbare Nähe gerückt. Der Abbau von Stationierungen, die Aufgabe von Übungsplätzen und Standorten wurde jedenfalls überwiegend mit Erleichterung aufgenommen. Mit der hereinbrechenden Arbeitslosigkeit änderte sich das Bild. In der öffentlichen Sicht wurde militärabhängige Beschäftigung vielerorts zur einzigen Hoffnung auf den Erhalt und das Neuentstehen von Arbeitsplätzen.

Auch die Bundeswehr schwenkte im Werben um Akzeptanz rasch auf das Argument der Beschäftigungswirksamkeit ein und erklärte u.a. den Erhalt von Einrichtungen in einigen Kreisen (u.a. Rügen, Bad Doberan, Wismar, Wolgast) nicht mit militärischen, sondern „übergeordneten politischen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Gründen.“ Eine nähere Betrachtung führt aber zu dem Schluß, daß die Beschäftigungswirksamkeit der Streitkräfte, wenn nicht eine Fiktion, so doch weit unter den geweckten Erwartungen bleibt und insofern keinesfalls gegen strukturpolitische Entscheidungen ziviler Konversion ausgespielt werden

solte.

Zunächst erst einmal ist der viel beschworene Nachfrageausfall durch die Abwicklung der NVA für Mecklenburg-Vorpommern nicht eingetreten. Selbst in den am stärksten betroffenen o.g. Landkreisen betrug der finanzielle Ausfall nomineller Nachfrage weniger als zehn Prozent und fiel höchstens in Standortnähe ins Gewicht. Das fatale Erscheinungsbild ist vielmehr auf den allgemeinen Zusammenbruch der Wirtschaft und den Mangel an Auffangmöglichkeiten entstanden. Das gilt noch mehr im Falle der GUS-Truppen, zumal hier geringe Beschäftigungswirksamkeit noch gegen hohe Kosten der Stationierung aufgerechnet werden muß. Bei der gesamten Westgruppe in der DDR waren weniger als 2 000 deutsche Zivilangestellte tätig.

Der Anteil von M-V daran dürfte nicht sehr hoch gewesen sein, zumal materiell-technische Instandsetzungsleistungen, die ins Gewicht fallen könnten, in M-V nicht erbracht wurden. Selbst bei vollem Stationierungsumfang (der schon lange nicht mehr besteht) betrug das Umsatzvolumen der Westgruppe 1991 weniger als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in M-V und wird im kommenden Jahr auf weniger als 1,6 Prozent absinken. Ebensovienig wie also die Abwicklung der NVA und der Abzug der GUS-Truppen als Begründung für den arbeitsmarktpolitischen Kahl Schlag herhalten können, verfügt aber auch die Bundeswehr ihrerseits nicht über ein beschäftigungspolitisches Füllhorn. Abgesehen von einigen, vorübergehenden gewerblichen Investitionen zur Modernisierung der Standorte ist der Zugang an Nachfrage durch Stationierung sehr bescheiden. Gemessen an den Kriterien der Bundesregierung wird die Bundeswehr im Kreis Bad Doberan höchstens 17 zivile Arbeitsplätze bewirken, im Kreis Rügen 30 und im Kreis Wolgast sogar nur 12. Aus der Stadt und dem Landkreis Wismar wird die Bundeswehr wahrscheinlich sogar völlig verschwinden.

Nicht die Beschäftigungswirksamkeit der Truppen, sondern die strukturbedingte Erwerbslosigkeit muß infolgedessen in den Mittelpunkt des Interesses gerückt werden. Das gilt auch für den Bereich

der Rüstungswirtschaft. Sieben der ehemals 31 Unternehmen mit überwiegender Rüstungsproduktion der DDR waren in M-V angesiedelt, darunter die mit Abstand größten Betriebe, das Panzer-Reparaturwerk in Neubrandenburg und die Peene-Werft Wolgast. Allein in diesen beiden Betrieben war annähernd ein Fünftel aller Rüstungsarbeiter der DDR tätig. Die Gesamtzahl der in M-V in der Wehrtechnik Beschäftigten betrug ursprünglich mehr als 10 200 Personen. Davon verloren etwa 80 Prozent, d.h. 8 250 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz. Diese Quote liegt über den bisherigen Schätzungen der Landesregierung und mit Abstand über dem durchschnittlichen Arbeitsplatzverlust in anderen Industriebranchen der ehemaligen Nordbezirke. Ursprünglich von den Belegschaften anvisierte Konversion der Produktion auf zivile Fertigungsprofile hat kaum stattgefunden. Sie war aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen nicht zu verwirklichen.

Zum entscheidenden Kriterium des Erhaltes der von ihren Stammbetrieben häufig als Ballast „abgeworfenen“ Unternehmen wurde stattdessen eine an Marktchancen gemessene Rentabilitätsberechnung der Käufer aus den alten Bundesländern, mit der Konsequenz des o.g. Stellenabbaus und der Option auf eine Wiederaufnahme wehrtechnischer Produktion. Die beschriebene geringe Arbeitsplatzquote rechtfertigt jedoch nicht unbedingt das Festhalten an wehrtechnischen Alternativen zur Konversion, zumal sowohl das Beschaffungsvolumen der Bundeswehr abnimmt als auch der europäische Rüstungsmarkt stark rezessive Tendenzen aufweist. Beschäftigungsplanung in M-V sollte insofern ausschließlich von den zivilen Bedürfnissen einer ausgewogenen Regionalentwicklung ausgehen. Im Unterschied zur Vergangenheit besteht dabei erstmals die Chance einer nicht durch militärische Interessen geleiteten Strukturpolitik.

Hans-Joachim Gießmann

Der Autor ist Mitarbeiter des Friedensforschungsinstitutes, Hamburg. Zu diesem Thema sein Buch „Das unliebsame Erbe“.

Bildung/Soziales

Wohnungsnot in Deutschland

„Bürokratische Hürden blockieren Wohnungsbau“

Neben der Arbeitslosigkeit ist die Wohnungsnot in den alten und neuen Bundesländern eins der dringendsten sozialen Probleme unserer Zeit. Auch wenn von einigen Politikern nach wie vor davon gesprochen wird, daß von einer Wohnungsnot in Deutschland nicht die Rede sein kann, solange die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche bei 35 Quadratmetern liege, geht diese Argumentation längst an den Realitäten des Wohnungsmarktes vorbei. Dies wird deutlich, wenn man weiß, daß gegenüber dem von der Bundesregierung eingeräumten Fehlbetrag von 800 000 Wohnungen nach Schätzungen des deutschen Mieterbundes nahezu 2,5 Millionen Wohnungen in den alten und neuen Bundesländern fehlen. Leider gibt es bis heute ebensowenig wie in anderen Industriestaaten jährlich vorgelegten Armutbericht in der Bundesrepublik eine offizielle Untersuchung über die Relationen von Einkommen und Wohnungsgröße, son-



dem nur Zahlen über den Zusammenhang zwischen dem starken Anstieg der Wohnkosten und sinkenden Einkommen. Demnach

geben Gutverdienende etwa ein Zehntel ihres Einkommens, Bezieher niedriger Einkommen demgegenüber ein Drittel, teilweise sogar über die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens aus. Wie der vom Caritasverband vorgelegte Armutbericht u.a. auf-

zeigte, ist die Mietbelastung in Deutschland inzwischen zu einem erheblichen Armutsrisiko geworden.

Ursachen der derzeitigen Wohnungsnot

Vorliegende Berichte und Informationen machen erkennbar, daß es eine Vielzahl verschiedener Ursachen für die derzeitige Wohnungsnot in Deutschland gibt. Wesentlich dabei dürfte in diesem Zusammenhang vor allem die Tatsache sein, daß sich der Bund im letzten Jahrzehnt zunehmend aus einer angemessenen Wohnungsbauförderung zurückgezogen hat. Dabei wurden den Ländern entsprechende Aufgaben zugewiesen, die sie ihrerseits auf die Kommunen verlagerten.

Die Beantwortung der aktuellen Frage nach der Vergabe der durch das Ende des Kalten Krieges in unserem Land frei werdenden Kasernen wird zeigen, ob und wie weit der Bund den wohnungspolitisch in arge Bedrängnis geratenen Gemeinden nunmehr entgegenkommt. Aber auch das sozialpolitisch häufig hochgelobte Steuerinstrument der Eigentumsförderung hat sich - vor allem für Einkommensschwache - als negativ erwiesen, da viele Mietwohnungen in Eigentum umgewandelt wurden und wieder werden. Dennoch liegt die deutsche Eigentumsquote im Wohnungsbestand mit 43% am Ende der europäischen Skala. Die Eigentums-Neubauleistung lag zwischen 1986 und 1989 bei uns nämlich nur bei 3,2 Wohnungen pro 1000 Einwohner, während sie beispielsweise gleichzeitig in Belgien bei 6,6% und in den Nie-

derlanden bei 7,5% lag. Der Mietwohnungsbau lag in diesem Zeitraum übrigens nur bei durchschnittlich 1,1 Wohnungen auf 1000 Einwohner. Auch die Lockerung des Mieterschutzes und die Erleichterung von Mietanhebungen (durch die Beschränkung des Mietspiegels auf Neuvermietung) in den letzten drei Jahren, durch die entsprechende Investitionen forciert werden sollten, haben häufig nur zu teilweise erheblichen Mieterverteuerungen geführt. Wenn man die zunehmend anwachsenden Finanzprobleme von Ländern und Gemeinden betrachtet und dann sieht, daß der Bund rund 2,7 Milliarden DM für den sozialen Wohnungsbau aufzuwenden beabsichtigt, dürfte dabei rasch erkannt werden, daß auf diese Weise die bestehende Lücke zwischen Angebot und Nachfrage nach Wohnungen in unserem Land nicht geschlossen werden kann. Neue und vermehrte Anstrengungen wären dafür erforderlich.

Maßnahmen zur Wohnungssicherung

Der „Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge“ (Frankfurt/Main), der sich in dieser Frage lange Zeit zurückhielt, hat schließlich Ende 1990 dazu Stellung bezogen und eine Reihe von konkreten Vorschlägen von Maßnahmen zur Wohnungssicherung unterbreitet.

Einige davon sollten in diesem Zusammenhang dargelegt werden: Der Katalog dieser Anregung reicht von der Verlängerung der Kündigungsfristen bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen über ein befristetes Verbot der bis zur dauerhaften Sicherung des Bestandes von Sozialwohnungen. In ihm wird u.a. aber auch von der Notwendigkeit einer gezielten Förde-

lung des sozialen Wohnungsbau für jene Bevölkerungsteile gesprochen, die sich nicht aus eigener Kraft mit Wohnraum versorgen können, auch von einer zielgerichteten, vermehrten Anwendung der Fehlbelegungsabgabe als Instrument im Bereich des sozialen Wohnungsbau.

Die Erlöse daraus sollten demnach von den Kommunen im jeweiligen Gebiet zur Bestandserhaltung und Neuschaffung von Wohnraum eingesetzt werden. Abschließend dürfte in dieser Frage von Interesse sein, daß - nach Ansicht des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie - das Wohnungsbauvolumen 1993 in den alten Bundesländern sich gegenüber 1992 um etwa 3% auf ca. 400 000 Einheiten erhöhen, während der entsprechende Zuwachs in den neuen Bundesländern gleichzeitig bei etwa 10% oder etwa 25 000 Wohnungen liegen werde. Nicht befriedigend gelöst scheint bislang allerdings



die Beantwortung der brisanten Frage nach den Altschulden der Wohnungswirtschaftsunternehmen in den neuen Bundesländern zu sein, deren Höhe nach vorliegenden Schätzungen Ende 1994 bei rund 50 Milliarden DM liegen

dürfte. Die bisher dafür von der Bundesregierung vorgelegten Vorschläge fanden bislang weder bei den betreffenden Unternehmen, die dieses Problem teilweise unerträglich belastet, noch bei den neuen Bundesländern Zustimmung. Im übrigen machte - wohl nicht völlig grundlos - der Vorsitzende des Bundesverbandes Freier Wohnungsunternehmen (BFW) - im Dezember 1992 die „Bürokratie in deutschen Amtsstuben“ u.a. dafür verantwortlich, daß der Wohnungsbau zu langsam vorankomme.

Statt der allein in Westdeutschland jährlich benötigten 500 000 Wohnungen würden demnach lediglich 370 000 fertiggestellt. Mehr als 30 000 Bauanträge „schmorten“ nach diesen Angaben seit über einem Jahr unbearbeitet in den zuständigen Behörden. Diese Kritik und nicht zuletzt die Empfehlungen des Städtetages zum Wohnungsbau sollten eigentlich bei der sich ver-

schärfenden Lage am Wohnungsmarkt dafür ausreichen, entsprechende politische Initiativen auszulösen, um zusätzliche soziale Spannungen in der Bundesrepublik zu vermeiden.

Helmut Kater

Alle Jahre wieder...

Alle Jahre wieder stellt die geballte Ladung an Feiertagen am Jahresende eine ernste Belastungsprobe für manche Familien dar. Der aus allen Lautsprechern tönende Zwang zum harmonischen Beisammensein schlägt schnell in das genaue Gegenteil um. In manchen Ehen kommt so das Faß zum Überlaufen, das sich im Laufe der vergangenen Zeit bereits hinreichend gefüllt hatte. Und so haben zu Schulbeginn im neuen Jahr die Lehrer einerseits eine schwere Aufgabe, den weit verbreiteten Aggressionsstau bei den Kindern zu kanalisieren. Andererseits bekommen auch verstärkt die Familienrichter Arbeit.

Das Eherecht ist im Vierten Buch des Bürgerlichen Gesetzbuches unter dem Titel „Familienrecht“ abgehandelt. Eine Ausnahme dazu stellt das Recht zur Eingehung, Nichtigkeitserklärung und Anfechtung der Ehe dar. Diese ist in einem besonderen Ehegesetz geregelt. In den Paragraphen 1564 ff. des BGB wird festgelegt, nach welchen Regeln eine Ehe zu scheitern ist. Sie kann nur durch gerichtliches Urteil auf Antrag eines oder beider Ehegatten geschieden werden. Voraussetzung für die Scheidung ist das Scheitern der Ehe. Für dieses Scheitern wird auch gleich eine Definition mitgeliefert: „Die Ehe ist gescheitert, wenn die Lebensgemeinschaft der Ehegatten nicht mehr besteht und nicht erwartet werden kann, daß die Ehegatten sie wiederherstellen“ (1565 I BGB). Grundlage für das Scheitern der Ehe sind damit konkrete Umstände und nicht lediglich Gefühlsausbrüche. Dabei sind durchaus die besonderen Lebensverhältnisse der Ehegatten im Einzelfall zu prüfen. Leben Ehegatten bereits seit ihrer Eheschließung in getrennten Haushalten, so kann diese Trennung nicht als Indiz dafür dienen, daß eine Lebensgemeinschaft nicht mehr besteht. Es ist vielmehr in diesem Beispiel anzunehmen, daß die Lebensgemeinschaft ohne häusliche Gemeinschaft bestanden hat. Für die vom Gesetz als Voraussetzung zur Scheidung verlangte Zerrüttung der Ehe gibt es sodann in 1566 BGB so ge-

nannte gesetzliche Vermutungen. Der Gesetzgeber geht in dieser Regelung davon aus, daß eine Ehe zerrüttet ist, wenn beide Ehegatten seit einem Jahr getrennt leben und gemeinsam die Scheidung beantragen, bzw. ihr zustimmen. Ohne die Zustimmung eines Ehegatten wird die Zerrüttung unwiderlegbar vermutet, wenn die Ehegatten seit drei Jahren getrennt leben. Natürlich kann eine Ehe auch schon sehr viel früher zerrüttet sein und aus verschiedenen Gründen eine alsbaldige Scheidung erforderlich machen. Dafür wird in 1565 Absatz 2 eine Ausnahmeregelung getroffen. Danach kann eine Ehe

ben können, ohne daß eine häusliche Gemeinschaft bestehen muß. Ebenfalls dort geregelt ist, daß ein Zusammenleben über kürzere Zeit, das der Versöhnung dienen soll, die Jahresfrist nicht unterbricht. Der Begriff „kürzere Zeit“ wird in der Rechtsprechung an den konkreten Umständen ausgerichtet. Dabei werden Zeiten von drei bis vier Monaten als Grenze angenommen.

Schließlich sind aus den meisten Ehen auch Kinder hervorgegangen, für die eine Trennung der Eltern stets eine Belastung darstellt. Dabei soll auch nicht verkannt werden, daß die Auseinandersetzung zwischen den Ehepartnern ebenfalls eine schwere Belastung für die Kinder darstellen kann. Um auch die Belange der Kinder zu berücksichtigen, wird in 1568 BGB die Aufrechterhaltung der Ehe im Interesse von aus der Ehe hervorgegangenen Kindern in Härtefällen geregelt. Selbstverständlich muß es sich dabei um eine Ausnahmeregelung handeln. Dementsprechend ist in dem einen Satz dieses Paragraphen auch zweimal das Wort „ausnahmsweise“ eingefügt. Eine exakte Anwendung dieser sprachlich verdorbenen Bestimmung wird in der Literatur für nicht möglich gehalten. Einigkeit besteht jedoch, daß diese Härteklausel nur in krassen Ausnahmefällen angewendet werden soll.

Im Rahmen des Scheidungsverfahrens sind im übrigen auch das Sorgerecht für minderjährige Kinder sowie Umgangsregelungen für den nichtsorgeberechtigten Ehepartner zu treffen. Des weiteren sind Unterhaltsfragen für Kinder und Ehepartner abzuklären. Schließlich ist das Vermögen entsprechend dem Güterstand aufzuteilen, worunter auch Rentenansprüche fallen. Die Vertiefung dieser Fragen würde jedoch den Rahmen einer kurzen Darstellung sprengen. Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß das Scheidungsrecht heutzutage wegen Streichung des Verschuldensprinzips keine Gewinner mehr kennt. Das schließt jedoch nicht aus, daß es Verlierer gibt.

Uwe Jahn, Rechtsanwalt

Von Rechts wegen

auch dann geschieden werden, wenn die Ehegatten noch nicht ein Jahr getrennt gelebt haben, wenn die Fortsetzung der Ehe eine unzumutbare Härte darstellt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es die Zwischenstufe des Getrenntlebens gibt und die unzumutbare Härte mit dem Status des Verheiratetseins verbunden ist. Bloße Unstimmigkeiten, Schwierigkeiten oder Zerwürfnisse können eine solche unzumutbare Härte nicht begründen. In der Rechtsprechung anerkannte Gründe für eine vorzeitige Scheidung sind jedoch beispielsweise Gewalttätigkeit gegen den Ehegatten und die Familie, intimes Zusammenleben mit einem Dritten, Nichtzahlung von Unterhalt und Schikanen.

Regelmäßig wird ein Ehepaar, das seine Ehe so schnell wie möglich und in beiderseitigem Einvernehmen beenden will, den Begriff des Getrenntlebens weit auslegen und auf diese Weise feststellen können, daß die Jahresfrist des Getrenntlebens erfüllt wurde. Erleichtert wird eine derartige Interpretation durch die Regelung in 1567 Absatz 1 BGB, wonach die Ehegatten auch innerhalb der ehelichen Wohnung getrennt le-

Technologieschub für Industrieausbildung

Ortleb-Programm schafft 2 000 moderne Werkstattplätze

Rund 2 000 moderne, vielfach nutzbare Werkstattplätze stehen ostdeutschen Betrieben demnächst für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zur Verfügung. Sie wurden in 88 ausgewählten mittleren und größeren Industriebetrieben der neuen Bundesländer bis zum Jahresende eingerichtet. Die zusätzlichen Kapazitäten in diesen Leitbetrieben sind auch für die Qualifizierung von Auszubildenden anderer Betriebe der Region vorgesehen. Bundesbildungsminister Prof. Dr. Rainer Ortleb hatte hierfür vor kurzem 30 Millionen DM bereitgestellt. „Damit ist gewährleistet, daß die Jugendlichen in Ostdeutschland an ebenso hochmoderner Technik wie in den alten Ländern ausgebildet werden“, erklärte Ortleb.

Der Bundesbildungsminister zeigte sich erfreut über die zügige Abwicklung durch die Bildungs- und Handwerkskammern zur Vorbereitung und Durchführung der

gelegene Leitbetriebe auswählen und die Umsetzung des Programms vorbereiteten. „Der engagierte Einsatz aller Beteiligten hat gezeigt, daß vorrangige Fördermaßnahmen für die neuen Länder auch schnell und unbürokratisch realisiert werden können“, erläuterte Ortleb.

Jugendliche aller Branchen, die einen Metall- und Elektroberuf erlernen, können nun auf den Gebieten speicherprogrammierbare Steuerung, Pneumatik, Hydraulik und CNC-Technik auch in Betrieben ausgebildet werden, die nicht über die hierfür erforderliche vollständige moderne Ausstattung verfügen. Durch ergänzende Ausbildungsphasen in einem dieser Leitbetriebe kann ihnen jetzt eine hochqualifizierte Berufsausbildung vermittelt werden. Die Plätze stehen außerdem den Industrie- und Handwerkskammern zur Vorbereitung und Durchführung der

Lehrabschlussprüfung zur Verfügung. Sie können zudem von den Ausbildern der Betriebe genutzt werden, um den Umgang mit der modernen Technik zu erlernen.

„Durch dieses Programm können innerhalb von fünf Jahren fast 100.000 Jugendliche an modernen Maschinen ausgebildet werden“, sagte Ortleb, der die 30 Millionen DM gut angelegt sieht. „Trotzdem ist es erforderlich, daß die Betriebe mit Blick auf den Lehrstellenmarkt im Jahre 1993 ihre Ausbildungsangebote weiter steigern“, fordert Ortleb. Leistungsfähiger Fachkräftenachwuchs sei besonders für Betriebe, die erst noch eine Marktposition erringen wollten, eine unverzichtbare Zukunftsinvestition. Das Bundesbildungsministerium habe mit seinem finanziellen Engagement auch einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung des Lehrstellenmarktes in den neuen Bundesländern geleistet.

Kranksein wird teurer

Vom 1. Januar 1993 an ist Kranksein teurer. Das neue Gesundheitsstrukturgesetz, über dessen Notwendigkeit und Inhalt seit Monaten heftig gestritten wurde, bringt erhebliche Einschränkungen: die Ärzte dürfen nur noch ein bestimmtes Arzneimittelvolumen zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen verschreiben, bei einem Krankenhausaufenthalt müssen die Patienten für die ersten 14 Tage einen höheren Selbstkostenanteil (11 DM anstatt 10 DM pro Tag) zahlen. Die Apotheker haben im Auftrag der Krankenkassen höhere Beträge als Selbstbeteiligung der Versicherten zu kassieren: waren es bisher 3 DM pro Arzneimittel in den alten und 1,50 DM in den neuen Bundesländern, kann dieser Anteil an den Medikamentenkosten bis zu 7 DM steigen.

Mit 3 DM kommen die Patienten nun dann davon, wenn das Arzneimittel nicht mehr als 30 DM kostet. Die nächste Preisgruppe geht von 30,01 DM bis 50 DM; hier

sind 5 DM Selbstbeteiligung zu zahlen. Alle Medikamente, die mehr als 50 DM kosten, verursachen eine Selbstbeteiligung von 7 DM. Es ist zwar ein Trost, daß dieser Selbstkostenanteil nicht noch weiter steigt, wenn der Arzt einmal ein ausgefallenes, sehr teures Medikament für mehr als 100 DM verschreibt. Die Steigerung der Selbstkostenbeteiligung von bisher 3 DM auf höchstens 7 DM kann aber eine erhebliche Belastung für die Patienten sein. Am ehesten werden das die Apotheker zu hören bekommen, weil sie die einzigen sind, die den direkten Kontakt zu den „Endverbrauchern“ haben.

Drei Änderungen werden die Versicherten am meisten irritieren: Erstens ist auch auf Medikamente mit Festbeträgen, die bisher zu zahlungsfrei abgegeben wurden, ab 1993 der Selbstkostenanteil von 3, 5 oder 7 DM je Arzneimittel zu zahlen.

Zweitens rutschen durch die

Mehrwertsteuererhöhung um einen Prozentpunkt viele Arzneimittel in eine höhere Zuzahlungskategorie. So kann es passieren, daß ein Medikament, das bisher 29,90 DM kostete und durch die Mehrwertsteuererhöhung für über 30 DM verkauft wird, einen Selbstkostenanteil nicht nur von 3 DM, sondern von 5 DM auslöst. Drittens führt die Mehrwertsteuererhöhung von 14 auf 15 Prozent bei rund 2 500 Arzneimitteln aber auch zu weiteren Mehrkosten für die Patienten. Bei diesen Arzneimitteln weigern sich die Krankenkassen, die Mehrwertsteuererhöhung zu übernehmen. Der Patient muß deshalb nicht nur die Zuzahlung, sondern auch die Mehrwertsteuererhöhung tragen.

Eine Befreiung von der Zuzahlung - entweder ganz oder teilweise - ist nach wie vor möglich. Die Befreiung ist abhängig vom Einkommen und soll Härtefälle vermeiden. Sie wird von der Krankenkasse auf Antrag erteilt.

Auf dem Weg zum Europäischen Binnenmarkt: Irland

Grüne Insel als attraktiver Standort

Irland gehört zu den armen Regionen der Europäischen Gemeinschaft. Nur langsam wandelt sich das Image vom Agrarstaat zum Industrieland. Seit den 70er Jahren wächst im Ausland die Bedeutung der Insel als Investitionsstandort - dank einer konsequenten Förderung durch die irische Regierung.

Fast 1 000 ausländische Firmen haben sich mittlerweile in der Republik niedergelassen. Unterstützt durch Fördermittel der EG kann Irland Investoren Zuschüsse bis zu 60 Prozent für Gebäude, Maschinen und Boden bewilligen, je nach regionaler Bedeutung des Standortes und der Zahl der Arbeitsplätze, die geschaffen werden. Als sehr großer Vorteil wird niedrige Körperschaftsteuer gewertet. Diese Art Einkommenssteuer für Unternehmen ist bis zum Jahr 2010 auf dem Niveau von 10 Prozent garantiert. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik beträgt die Körperschaftsteuer 50 Prozent.

Die Insel Irland wurde 1922 geteilt, der stark industrialisierte Norden des Landes verblieb bei Großbritannien.

Vorausgegangen waren fast 800 Jahre Kampf der fast ausschließlich katholischen Iren gegen die protestantischen britischen Kolonisatoren. Die Republik Irland begann als Agrarstaat. Die Industrialisierung wurde verstärkt erst ab den 60er Jahren vorangetrieben, u.a. mit Investitionszuschüssen und Steuererleichterungen. Der Industriebereich trägt heute zu mehr als einem Drittel zum irischen Bruttoinlandsprodukt bei und hat einen Anteil von drei Vierteln am gesamten Güterexport.

Seit Beginn des industriellen Aufschwungs Ende der 60er Jahre wuchs die irische Wirtschaft jährlich um etwa 4 Prozent. So auch 1990. Im vergangenen Jahr schwächte sich das Wachstum auf etwa 3 Prozent ab und für das laufende Jahr werden höchstens 2,5 Prozent erwartet. Grund für diese

Fläche:	70 284 km ²
Einwohner:	3,54 Mio.
Bevölkerungsdichte:	50,3 Einw./km ²
BIP/Kopf:	19 230 (1990) / ca. 19840 (1991)
Anteil der Sektoren am BIP (1989):	
	Bergbau, Industrie, Bau (35%)
	sonst. Dienstleistungen (32%)
	Transport, Nachrichten, Handel (17%)
	Land-, Forst-, Fischwirtschaft (10,5%)
	öffentl. Verwaltung, Verteidigung (6%)
Wachstumsrate:	+4,4% (1990) / ca. +3,2% (1991)
Inflationsrate:	+3,4% (1990) / ca. +3,1% (1991)
Arbeitslosenquote:	17,2% (1990) / ca. 14,3% (1991)

rückläufige Entwicklung sind die Konjunkturabschwächungen in Großbritannien und den USA, den wichtigsten Handelspartnern der irischen Republik. Deutschland nimmt als Lieferland Platz drei ein, als Abnehmer irischer Erzeugnisse rangiert die Bundesrepublik nach Großbritannien an zweiter Stelle. Die wichtigsten irischen Industriebetriebe sind Elektronik und Computerhersteller, chemische und pharmazeutische Betriebe, Metallverarbeitung und Maschinenbau, Nahrungsmittel- und Getränkeherstellung sowie die Herstellung von Tabakwaren. Seit Mitte der 80er Jahre wurde die Niederlassung von zahlreichen internationalen Dienstleistungsunternehmen der Software-Branche unterstützt. Die Hauptstadt Dublin ist heute ein internationales Finanz- und Dienstleistungszentrum. Trotz Zunahmen der Industrialisierung ist die Landwirtschaft mit über 10 Prozent Anteil am BIP weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Gesamtwirtschaft geblieben. Innerhalb der Landwirtschaft hat die Viehhaltung überragenden Anteil. Der größte Fleischproduzent ist die Goodmann-Gruppe, die in den vergangenen Jahren häufiger für Schlagzeilen sorgte. Rinderkrankheiten und die Golfkrise ließen die Exporte des Unternehmens so stark zurückgehen, daß die Gruppe Ende 1990 in Liquiditätsschwierigkeiten geriet. Seit-

dem versucht die Regierung, das Unternehmen per Zwangsverwalter und durch zeitweiliges Stillhalten der Schuldner zu retten. Denn ein Konkurs hätte den Verlust von etlichen hundert Arbeitsplätzen sowie ein Minus beim Bruttoinlandsprodukt von einem Prozent bedeutet.

Politisch geführt wird die Republik Irland seit 1933 zumeist von der konservativ-liberalen Fianna Fail. Diese größte irische Partei bildet seit den Wahlen im Juni 1989 mit den Progressiven Demokraten, einem kleinen Koalitionspartner, die Regierung. Von 1987 bis Ende Januar dieses Jahres stand Premierminister Charles James Haughey an der Spitze dieser Koalition. Seit Februar ist Albert Reynolds, Finanzminister unter Haughey, Regierungschef in Irland. Haughey, der bereits 1979 bis 1981 und 1982 Premier war, ist letztlich über eine Reihe von Wirtschafts- und Finanzskandalen gestürzt, die sich im Herbst letzten Jahres enthüllten. Von zwielichtigen Aktientransaktionen bei der staatlichen Zuckerraffinerie im Zuge ihrer Privatisierung bis zu viel zu teuren Liegenschaftskäufen bei der halbstaatlichen Telekommunikationsgruppe Teleom reicht die Palette. Immer tauchen die Namen einiger weniger Finanziers und Industriellen auf, die sich unter den Augen Haugheys bereichert haben sollen. Dem

Fleischproduzenten Larry Goodmann beispielsweise soll Haughey zur Produktionsvergrößerung 25 Millionen Pfund Unterstützung zugesichert haben, obwohl dessen Unternehmen bereits deutlich mehr produzierte als absetzte.

Im November mußte sich Haughey als Folge dieser Enthüllungen einem Mißtrauensvotum seiner innerparteilichen Gegner stellen, konnte das allerdings noch einmal für sich entscheiden. Im Januar dieses Jahres dann wurde sein 1982 angeordneter Abhörungsinsatz gegen einige Journalisten bekannt. Haughey geriet innerhalb der Koalition so stark unter Druck, daß er zurücktrat.

Wirtschaftspolitisch gesehen ist die Arbeitslosigkeit die größte Bürde für die Republik. Sie war auch wichtiger Grund für die investitionsfreundliche Politik gewesen. Im europäischen Vergleich hatte Irland schon immer mit den höchsten Anteil an Arbeitslosen. Die Quote erhöhte sich von 1982 bis 1990 von 10,2 auf 17 Prozent. Zwar wurden in den vergangenen drei Jahren über 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, aber die Situation bleibt überaus gespannt, weil die geburtenstarken Jahrgänge und viele irische Heimkehrer aus den USA und Großbritannien auf den Arbeitsmarkt drängen.

In den vergangenen Jahrzehnten begründeten vor allem die landwirtschaftliche Struktur und eine ungenügende gewerbliche Entwicklung des Landes die hohe Zahl der Beschäftigungslosen. Auf den Mangel an Arbeitsplätzen reagierten die Iren genauso wie sie in früheren Jahrhunderten auf die Nahrungsmittelknappheit reagiert haben - sie wanderten aus. Bis zu 30 000 Menschen verließen pro Jahr die Insel. Der Aufbau einer Wirtschaftsstruktur auf der Insel wurde durch diese Abwanderungen zusätzlich erschwert.

Weiteres wirtschaftspolitisches Problem des Landes ist die Ver-

schuldung. Steigende Haushaltsdefizite und beachtliche Ausgaben zur Förderung der Industrie ließen die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand bis 1987 auf 131 Prozent des irischen Bruttosozialproduktes steigen. Die Regierung reagierte mit einer eisernen Sparpolitik. So wurde beispielsweise zwischen Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften vereinbart, daß Löhne und Gehälter maximal 4 Prozent pro Jahr steigen dürfen. 1991 entsprach die gesamte staatliche Schuldenlast noch 110 Prozent des Bruttosozialproduktes. Zur weiteren Reduzierung der Schulden will Premierminister Albert Reynolds die restriktive Haushaltspolitik fortführen. Mäßige Lohnerhöhungen haben in den vergangenen Jahren auch maß-

geblich zu der enormen Verringerung der Inflation beigetragen. Die Rate sank von 16,8 auf jetzt etwa 3 Prozent.

Da sich die irische Wirtschaftspolitik seit dem Beitritt zur EG konsequent an den europäischen Wettbewerbsbedingungen orientiert hat, ist die irische Export-Industrie auf den künftigen Binnenmarkt vorbereitet. Allerdings wird im Land befürchtet, daß die erwarteten Wohlfahrtsteigerungen durch den Binnenmarkt eher dem Kontinent als der grünen Insel zugute kommen werden. Mit Blick auf die europäische Wirtschafts- und Währungsunion fordert das Land von der EG Strukturhilfen, die den Abstand zu den reicheren EG-Ländern verringern helfen sollen.

Maike Telgheder

„Unentbehrlicher Faktor“: Ausländer

Nicht erst seit den verabscheuungswürdigen Morden von Mölln übten und üben die deutschen Gewerkschaften und ebenso die Wirtschaftsverbände in der Bundesrepublik Solidarität mit den in Deutschland lebenden Ausländern. Dafür gab und gibt es für sie nicht nur moralische und politische, sondern auch sicht- und spürbar wirtschaftliche Gründe. Erst vor wenigen Wochen hat u.a. die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) eine aktualisierte Fassung ihrer Grundsätze und Empfehlungen zur Ausländerpolitik vorgelegt. Darin wird u.a. ausdrücklich die Bedeutung ausländischer Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft als „unentbehrlicher Faktor“ betont.

Wie der BDA in diesem Zusammenhang darstellte, vervielfachte sich die Zahl der in der alten Bundesrepublik lebenden ausländischen Staatsangehörigen zwischen 1960 und 1973 von etwa einer halben auf vier Millionen. Die Ausländerbeschäftigung erreichte vor dem Anwerbestopp im Jahr 1973 mit 2,6 Millionen ihren bisher absoluten Höchststand.

Der Anwerbestopp, der durch den damaligen Ölchock und den folgenden tiefen Konjunktur- und Strukturreinbruch erfolgte, gilt noch bis heute. Das bedeutet, daß eine Einreise von Ausländern - seit 1. Januar '93 von außerhalb des Binnenmarktes - zum Zweck der Arbeitsaufnahme nicht zulässig ist. Unberührt davon sind die Auswirkungen der bilateralen Abkommen, die Anwerbung von Pflegekräften, nachgezogene Familienmitglieder, hier geborene Ausländer sowie anerkannte Asylbewerber betreffen. Diese können eine Arbeitserlaubnis erhalten, wenn dies die Arbeitsmarktlage zuläßt. Unbeschränkt und unbefristet dürfen also alle Angehörigen von EG-Staaten sowie langjährig in Deutschland lebende und arbeitende Ausländer aus Drittstaaten bei uns arbeiten. Wenn auch - unabhängig vom Anwerbestopp - die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer (nach Angaben des BDA) inzwischen die 6-Millionengrenze überstiegen haben soll, ist die Zahl der bei uns beschäftigten Ausländer zurückgegangen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes vom April 1991 waren in Deutschland von 79,829 Millionen Gesamtbevölkerung 5,68 Millionen Ausländer. Das ist eine Quote von 7%. Diese liegt nach wie vor unter der anderer EG-Länder. Das Gros ist im alten Bundesgebiet mit 5,521 von 63,889 Millionen Ausländern (Quote 8,64%) auszumachen. Kaum ins Gewicht fällt demgegenüber der Ausländeranteil in den neuen Bundesländern: Im April 1991 waren es 120 000 von 15,941 Millionen Einwohnern und damit damals nur 0,75%. Dieser Anteil dürfte sich inzwischen etwas erhöht, aber noch lange nicht den Anteil in den alten Bundesländern erreicht haben. Sank am Anfang der 80er Jahre der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer in Folge der Rezession zeitweilig auf unter 1,6 Millionen im ehemaligen Bundesgebiet, so betrug sie 1991 nach den vorliegenden Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) 1,97 Millionen der insgesamt 23,59 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer (8,4%). Demnach beträgt beispielsweise die Ausländerquote in Gießereien 24,1%, im

Bereich Gaststätten und Beherbergung 21,6%, bei Reinigungen 17,6%, in der Textilverarbeitung 17,4%, in der Kunststoffverarbeitung 15,9%, im Bergbau 14,6%, in der Eisen- und Stahlerzeugung 14%, im Straßenfahrzeugbau 12,7% und im Bauhauptgewerbe 12%. Im übrigen sind rund 190 000 Ausländer in der Bundesrepublik selbstständig tätig. Die Hälfte davon beschäftigt Mitarbeiter.

Auch wenn Auslandskapital auf die deutsche Wirtschaft bisher keine entscheidenden Einflüsse bekommen hat, zeigt sich - mit wachsender internationaler Verflechtung - auch in der Bundesrepublik eine für die wirtschaftliche Weiterentwicklung nützliche Internationalisierung der Investitionen. Die Bundesbank-Statistik belegt u.a., daß sich bis Ende 1990 der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen im Bereich der ehemaligen Bundesrepublik auf 198 Milliarden DM summiert hat. Davon sind knapp 140 Milliarden unmittelbar aus dem Ausland nach Deutschland geflossen, gut 58 Milliarden resultierten aus deutschem Kapital, das durch Beteiligungen unter Auslandskontrolle gekommen ist. Am meisten haben US-Unternehmen in der Bundesrepublik investiert.

30% der ausländischen Direktinvestitionen stammen aus den Vereinigten Staaten. Mit Abstand und jeweils 13,5% folgen die Schweiz und die Niederlande. Japan liegt in dieser Liste mit 7,4% auf dem 7. Platz. Etwa 43% des Bestandes an ausländischem Investivkapital entfällt davon auf das produzierende Gewerbe, der Rest steckt im Dienstleistungssektor. In der jüngsten Vergangenheit zeigt allerdings die Entwicklung der Auslandsinvestitionen in der Bundesrepublik veränderte Relationen: Von den unmittelbaren Investitionen, die zwischen 1985 und 1990 in die Bundesrepublik flossen, gingen fast 90% in den Dienstleistungssektor, vor allem in Banken, Versicherungsgesellschaften und Beteiligungsgesellschaften. Das dürfte ein deutliches Signal dafür sein, daß der deutsche Dienstleistungssektor für ausländische Investoren interessanter als die deutsche Industrie geworden zu sein scheint.

Übrigens: Von der hier und da befürchteten „Überfremdung“ unserer Wirtschaft kann ernsthaft keine Rede sein. Das gesamte ausländische Investivkapital machte gerade 2% des Bruttoanlagevermögens im Unternehmenssektor aus. Die Industrie-Beteiligungen der Ausländer sind zahlenmäßig gering. Ihre Wirkung ist allerdings größer. Genau 3041 Betriebe des produzierenden Gewerbes waren zum genannten Zeitpunkt ganz oder teilweise in ausländischer Hand. Sie repräsentieren nicht einmal ein Prozent aller Industriebetriebe in den alten Bundesländern, aber 13% aller dort Beschäftigten und 22% des Umsatzes.

Wer diese Fakten auf dem deutschen Arbeitsmarkt und durch direkte Auslandsinvestitionen in Deutschland sowie unsere hohe Exportabhängigkeit vom Ausland betrachtet, dem wird wohl sehr bald klar sein, daß die exzessiven Ausschreitungen und Anfeindungen von Ausländern in Deutschland nur dazu dienen können, den wirtschaftlich-sozialen Ast, auf dem wir alle in der Bundesrepublik sitzen, abzusägen.

Helmut Kater



DRUCK

Die Offsetdruckerei, die Beratung und Service großschreibt.

Duftdruck und Holografie kennen wir.

Modernste Technik in den Bereichen:

Satz
Repro
Buchbinderei
Druck und
Versand.

Unser Außendienst besucht Sie gern.

LN-Druck, Herrenholz 10-12

2400 Lübeck 1

Telefon (0451) 144 1711

Fax (0451) 144 10 28

Das Ende der Geschichte

Ein neues Politik-Buch von Francis Fukuyama

Im Sommer 1989 schrieb Francis Fukuyama, stellvertretender Direktor des Planungsstabes im US-Außenministerium, in der Zeitschrift „The National Interest“ einen aufsehenerregenden Aufsatz, in dem er die Frage nach dem Ende der Geschichte stellte. Der Beitrag war der Ausgangspunkt einer kontroversen Debatte, die den Autor veranlaßte, seine Gedanken ausführlicher darzulegen. Mit der liberalen Demokratie, lautet die These Fukuyamas, ist die Entwicklung der Organisation des menschlichen Zusammenlebens - nach der Niederlage von Nationalsozialismus und Kommunismus - an einen Endpunkt angelangt, mithin das „Ende der Geschichte“ erreicht, da sich keine bessere Gesellschaftsform mehr realisieren lasse.

Der Rezensent stimmt der wertenden Grundannahme zu, daß es sich bei der liberalen Demokratie um ein Positivum handelt, obwohl dies in einem freiheitlichen Verfassungsstaat eine banale Aussage darstellt. Allerdings bin ich skeptisch, ob es sinnvoll ist, die Entwicklung, zur liberalen Demokratie erstens als einen kohärenten und zielgerichteten Prozeß und zweitens als für den größten Teil der Menschheit gültig zu betrachten. Über die Historie läßt sich lediglich sagen: „Alles fließt“. Wohin, in welche Richtung und wie schnell, ist schon schwieriger festzustellen. Im übrigen verbirgt sich hinter der Zielgerichtetheit der Ge-

schichte ein Determinismus, der letztlich darauf hinausläuft, egal was passiert, die Entwicklung geht für weite Teile der Menschheit ohnehin zur liberalen Demokratie. Ob da nicht der Wunsch Vater des Gedankens ist?

Wie dem auch sei. Zwei Punkte führt der Autor zur Begründung für den zielgerichteten Verlauf der Historie an. Der erste Grund ist ökonomischer Natur, der zweite hängt mit dem Streben des Menschen nach Anerkennung zusammen. Im Zuge der Etablierung der modernen Naturwissenschaften und der damit einhergehenden Ökonomisierung des Lebens ist die Homogenisierung der menschlichen Gesellschaften unabwendbar, so Fukuyama. „Der Einsatz von Technik und Arbeitsteilung sind Vorbedingungen für die Industrialisierung, und diese zieht wiederum soziale Phänomene wie Verstärkung, Bürokratisierung, den Zusammenbruch der Großfamilie und stammesrechtlicher Bindung, ein Ansteigen des Bildungsniveaus nach sich“.

Doch dies erklärt lediglich, daß alle Länder, die einen wirtschaftlichen Modernisierungsprozeß durchlaufen, einander zwangsläufig immer ähnlicher werden. Aber warum setzt sich letztlich die Demokratie durch? Fukuyama greift zur Beantwortung dieser Frage auf Hegels nichtmaterialistische Geschichtsauffassung zurück, die auf dem sogenannten „Kampf um Anerkennung“ basiert. „Mit dem wachsenden Wohl-

stand, mit zunehmender Weltläufigkeit und besserer Bildung streben die Menschen nicht einfach nur nach weiteren Wohlstandsgewinnen, sondern nach Anerkennung ihres Status“. Und dies ist, so Fukuyama, in Demokratien mit frei gewählten Regierungen am ehesten gewährleistet.

Momentan scheint sich die weltpolitische Waage in der Tat zugunsten der Demokratie zu senken. Auch wenn es sich dabei - aus heutiger Perspektive - um eine Zäsur handelt, darf man dies nicht überbewerten. Morgen - die Umwälzungen seit 1989 sind der beste Beleg dafür - kann es schon wieder anders aussehen. Insofern ist die Geschichte, die nach Pierre Bourdieu eben erst aufgewacht ist, keineswegs am Ende, sondern nach wie vor offen, wenn auch in den vom sowjetischen Totalitarismus befreiten osteuropäischen Staaten das Wissen, den Kommunismus besiegt zu haben und an westlicher Freiheit und Wohlstand zu partizipieren, gute Chancen für die Etablierung der Demokratie bietet - aber weltweit ist dieser Optimismus (noch) nicht angebracht.

Ohnehin sieht Fukuyama mit der Verwirklichung der liberalen Demokratie neue Probleme auftauchen. Wenn alles erreicht sei, gäbe es keine Ideale mehr und niemand würde mehr nach Anerkennung streben, sondern sich ausschließlich in bequemer Selbsterhaltung üben. Darin sieht der Autor eine große Gefahr: Wenn Menschen für eine gerech-

te Sache nicht mehr kämpfen können, weil sie bereits verwirklicht wurde, könnten manche auf die Idee kommen, sich - um des Kampfes willen - gegen Freiheit, Wohlstand und Demokratie zu stellen. Andererseits, muß man Fukuyama entgegenhalten, gibt es in der modernen Welt immer mehr Möglichkeiten, persönliche Anerkennung zu finden, die nicht auf den Kampf hinauslaufen. Die Bedürfnisse des Menschen sind - soweit die Grundlagen befriedigt werden - flexibel. Wer weiß heute schon, was die Zukunft noch alles ermöglicht.

Die viermal im Jahr veröffentlichte Liste von zehn neuen politischen Büchern, die einer Jury aus Fachredakteuren der 20 größten deutschen Zeitungen und Rundfunkanstalten besonders wichtig erscheinen, hat für das erste Quartal 1992 auch die Studie von Francis Fukuyama ausgewählt: Auf Platz eins! Dies war eine gute Wahl. Gewiß, es läßt sich über Fukuyamas Buch trefflich streiten; manches scheint übertrieben, vieles ist bedenkenswert - zur Auseinandersetzung regt es aber allemal an. Die Diskussion über dieses Werk ist ebensowenig zu Ende wie die Geschichte. Die Debatte geht weiter - in beiden Fällen.

Ralf Altenhof

Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte, Wo stehen wir?* Kindler Verlag, München 1992, 511 Seiten, 42,- DM

Erkennen und schreiben

Am 9. Januar vor 85 Jahren wurde Simone de Beauvoir in Paris geboren

nerzeit Sprengstoff waren, Allgemeint geworden. Trotzdem stehen sie immer noch - und heute wieder mehr denn je - als Aufgabe vor uns.



Simone de Beauvoir (April 1986)

Wie in ihren Werken, war die „Tochter aus gutem Hause“ auch in ihrem Leben eine Avantgardistin. Etwas durch sich selbst, nicht durch den Mann zu sein,

sich existent zu machen, wie sie es in ihrem Alterswerk „Alles in allem“ (1972) beschreibt, war ihr wichtig. Zu einer Zeit, da man den Frauen Kinder, Kirche, Küche als Ideal predigte, lebte sie gemeinsam mit Jean Paul Sartre das Modell einer neuen Partnerschaft, das für viele Generationen Modell wurde. Ihre Gemeinsamkeit, die auf Unabhängigkeit beruhte, über ein halbes Jahrhundert währte und durch keine Liebschaften, die es beiderseits gab, zu zerstören war, war das Werk vieler Jahre. Es erforderte von beiden Seiten ein hohes Maß an Toleranz und war nicht frei von Zweifeln und Tränen.

Außerlich paßten beide wenig zueinander. Sie groß, er klein, sie schön und attraktiv, extravagant gekleidet und frisiert, er eher häßlich und wenig Wert auf sein Äußeres legend. Sartre liebte in der Beauvoir, die er Castor (Biber) nannte, ihre Schönheit und den anregenden Geist, sie seine Klugheit, sein phänomenales Wissen und seine Kultur.

Sie war ihm die lebenslang notwendigste Gesprächspartnerin, die wichtigste und unbestechlichste Kritikerin seiner Werke. Sartre hingegen war für die zweieinhalb Jahre Jüngere der ideale

Partner, ein Glücksfall. Er hielt nicht nur eine gescheite Frau neben sich aus, sondern ermunterte sie geradezu, nicht Hausfrau zu werden, sondern unabhängig und kreativ zu bleiben. Sie hat das als Privileg erkannt und sich immer als eine Ausnahmefrau betrachtet. In ihrem dreibändigen Memoirenband, einem einzigartigen Zeitdokument, hat sie beschrieben, wie es ihr gelang, das Gleichgewicht in dieser komplizierten Beziehung zu halten und nicht „abzudanken“.

1941 gelingt der 33jährigen mit „Sie kam und blieb“ der Durchbruch als Schriftstellerin. 1954 erscheinen „Die Mandarins von Paris“, eines der überzeugendsten Bücher über die geistige Situation und die Epoche des Existentialismus im Frankreich der Nachkriegszeit, als dessen exponierte Vertreter Sartre und die Beauvoir gelten. Das mit dem Prix Goncourt, der höchsten literarischen Auszeichnung Frankreichs, bedachte Werk landet wie bereits „Das andere Geschlecht“ auf dem Index der katholischen Kirche.

Bald sind die Namen Sartres und der Beauvoir in aller Munde. Sie werden zu einem Exportschlagwerk Frankreichs und auf unzähligen Reisen Botschafter der

Armin Richter

Unsicherheit

*Noch leben wir in äußerster Unsicherheit
Das ist unser ureigenliches Element
Wir sind nichts wenn die Erde brennt
Als wimmelnde Funken aus Zeit*

*Wollten wir nicht Sicherheit kalkulieren
Und menschenfreundliche Strukturen
Wir sind entfesselt und nicht die Uhren
Laufen uns heiß und frieren*

*Wir frieren bis in die hintersten Träume
Der Fortschritt hat uns längst überrannt
Wir gehen durch unbestimmte Räume
Und wechseln gar nicht das Land*

Menschenfreundliche Strukturen sollten aus unseren ureigenen Elementen geformt sein. Dabei läßt sich Menschenfreundlichkeit offenbar nicht kalkulieren. Was an Sicherheit uns bleiben möge ist, Unsicherheiten zu leben. Sicherheiten sind außermenschlicher Natur, die keine Probleme, nur Lösungen kennt.

Und gewiß: Es ist nicht zweimal derselbe Fluß, in den wir steigen. Die Wasser wechseln, soviel bleibt sicher. Dabei wechseln wir gar nicht das Land, gerade mal ein Hemd, ein Kleid, etwas Schminke. Und Träume, mit denen wir Tag und Nacht auch frieren. Fortschrittend; es scheint kälter zu werden in unserer Welt. Wir überrennen uns ständig, vor und zurück, auf der Suche nach Zufluchtsorten; und können doch nicht Entlaufene sein, es sind vielfache Grenzen, die uns in unser Innenland versichern und in unsere Möglichkeiten zwingen. Unsere Möglichkeiten sind auch Gedichte und Träume.

Gedichte sind albern, sind wahrhaftig, sind entfesselt, sind gefährlich - wie eben auch Träume sind. Sie setzen erkennbare Zeichen in nicht zu bestimmende Räume.

w.p.

Armin Richter, 1941 in Chemnitz geboren, studierte Medizin in Rostock, lebt in Sternberg/ Mecklenburg-Vorpommern.

Armin Richter, „Die kleinen mecklenburgischen Meere“, Gedichte 1988 bis 1990, edition fischer im R.G. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1991

linksintellektuellen Internationale. Kein Ereignis von Belang in der Welt, für das sie sich nicht engagieren, zu dem nicht ihre Meinung eingeholt wird. Sie werden zu einer moralischen Instanz.

Die Skepsis gegenüber den Möglichkeiten der Intellektuellen wächst mit den Jahren. Doch die Beauvoir wird nicht müde, immer wieder die historischen und sozialen Ursachen der Existenzprobleme zu hinterfragen. Erkennen und schreiben. Nach Feminität werden Alter und Tod ihre zentralen Themen. 1964, nach dem qualvoll erlebten Krebsstod der Mutter entsteht „Ein sanfter Tod“, das Sartre für ihr bestes Werk hielt. 1970 rüttelt sie mit ihrem großen Essay „Das Alter“ noch einmal an gesellschaftlichen Tabus.

Sie überlebt Sartre, der bereits

1980 stirbt, um sechs Jahre (14.4.1986). In ihrer letzten Lebenszeit beschäftigt sie sich ausschließlich mit ihm, webt an ihrer Legende. Sie beschreibt sein Ende („Die Zeremonie des Abschieds“, 1983), gibt ihre Gespräche mit Sartre und seine Briefe an sie heraus („Briefe an Castor“, 1983). Sie lebt nun relativ zurückgezogen in Gesellschaft ihrer Adoptivtochter Sylvie, erhält aber immer noch Besuche aus aller Welt.

Stand auch am Ende dieses Lebens die Einsicht, daß es mehr Fragen als Antworten hervorgebracht hat, bleibt es doch in seinem steten Engagement für mehr Menschlichkeit gerade heute, da die Orientierungslosigkeit unter den Intellektuellen zunimmt, beispielhaft.

Dorothee Trapp

Ich abonniere den Mecklenburger Aufbruch

Name/Vorname _____
Straße/Hausnummer _____
PLZ/Wohnort _____
Telefon _____

Der Preis schließt die Zustellgebühr ein. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Zahlungsweise:	(vierzehntätiglich)	(wöchentlich)
<input type="checkbox"/> Ich wähle das Abo für	38,00 DM	75,00 DM
<input type="checkbox"/> Ich wähle das Förder-Abo für	60,00 DM	120,00 DM
<input type="checkbox"/> Ich wähle das Sonder-Förder-Abo für	100,00 DM	200,00 DM
<input type="checkbox"/> Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung leisten, Rechnung abwarten).		
<input type="checkbox"/> Bequem und bargeldlos durch Bankabbuchung.		

* Wir streben an, sobald als möglich, wieder wöchentlich zu erscheinen, ab dann gilt die zweite Rubrik.

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____
Bankinstitut _____

Name/Unterschrift _____
Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift _____
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Ein Leserbrief an ungewöhnlicher Stelle: Prof. Dr. Eller aus Rostock regt an

"Sollten sich, so möchte ich mich an die Leser wenden, nicht genügend Menschen finden, die im Notfall das weitere Bestehen des MA finanziell sichern könnten? Etwa mittels einer kleinen Fördervereinigung (bitte ohne Präsidenten und Vorstand)? Obwohl z. Zt. noch ,rentengekürzter Emeritus', wäre ich gern bereit, dazu beizutragen."

Auch Ihre Meinung? Wir warten auf Ihre Post!

Die Redaktion

Schnupper-Abo 10mal Mecklenburger Aufbruch für nur 15 DM incl. Versand

Ich möchte den Mecklenburger Aufbruch 10mal geliefert bekommen.

Name/Vorname _____
Straße/Hausnummer _____
PLZ/Wohnort _____
Telefon _____

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein.

Ich lege 15 DM in Briemarken bei.
 Ich lege 15 DM in bar bei.
 Ich lege einen Verrechnungsscheck über 15 DM bei.

Name/Unterschrift _____

Das Abo endet nach einem Vierteljahr, sollte von Ihnen keine Abbestellung bei uns vorliegen, geht Ihr Abonnement automatisch in ein Normal-Abo über.

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift _____
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Kultur

Kulturkreise in Wismar

Eine multikulturelle Fete im Theater

In einer Zeit, wo Gewalt und „Ausländer-raus“-Parolen in unserem Land an Einfluß zu gewinnen scheinen, findet in Wismar, der Stadt, die neben Rostock im letzten Herbst in die Schlagzeilen der Weltöffentlichkeit geriet, im Theater am Donnerstag, den 14. Januar (Beginn: 19.30 Uhr) eine besondere Veranstaltung statt, die multikulturelle Fete „Kulturkreise“. Initiiert wurde sie vom Bildungswerk Wismar e.V. und vom Welt-Laden Wismar e.V.

Fremde „Kulturkreise“ für die Menschen hier begreif- und erlebbar zu machen, im Miteinander von Hiesigen und Fremden Berührungsängste abbauen, Informationen vermitteln, einfach aufeinanderzugehen - dazu vor allem soll der Abend einen Beitrag leisten.

Auf dem Programm stehen: lateinamerikanische Musik und Tanz mit der Gruppe „Sabor Caribe“ (aus Kolumbien), senegalesische Trommelmusik und Tanz mit Abdulay Niang (aus Senegal) und Barbara Krippendorf, „Irish Folk“ mit der Gruppe „Kilkenny“ (aus Wismar), jiddische Musik von der Gruppe „Aufwind“ (aus Berlin).

Der Film-Club Wismar e.V. zeigt am Abend im Theater-Cafe Kurzfilme: „Selbe, eine von vie-

len“, Senegal 1981, ein Film über das Schicksal einer Frau, einer Familie, deren Leben geprägt ist vom ständigen Kampf gegen den Hunger.

„Ein Treffen kleiner Männer“, Peru 1987, ein Kurzfilm zum Problem der Kinderarbeit.

„Curumins & Cunhantas“, Brasilien 1981, ein Film über Kinder, die in den Urwaldgebieten des Amazonas leben.

Weiterhin ist für die multikulturelle Fete „Kulturkreise“ eine Ausstellung im Theater-Foyer geplant. Gezeigt wird eine erste Auswahl der von Wismarer Schülern eingereichten Poster zum landesweiten Posterwettbewerb „Jugend sieht die Eine Welt“ (ausgeschrieben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit). Die Stadt Wismar hat die Schirmherrschaft dafür übernommen.

Neben Info- und Verkaufsständen vom Welt-Laden und Umwelt-Info-Laden, von der Arbeiterwohlfahrt, der Caritas, der Adventsgruppe, dem Bürgertreff und dem DGB wird es auch eine Verkostung von landestypischen Gerichten aus Syrien und Jugoslawien im Theaterfoyer geben.

Donnerstag, 14. Januar, Theater Wismar, Start: 19.30 Uhr

Schweizer Literaturpreis für deutschen Historiker

Zürich (mp) - Der Bielefelder Universitätsprofessor Gerhard Dohn-van Rossum ist in Zürich für sein im Carl Hanser Verlag erschienenen Buch „Die Geschichte der Stunde“ mit einem der höchstdotierten Schweizer Literatur- und Medienpreise ausgezeichnet worden.

sche und literarische Arbeiten prämiert, die sich mit der Thematik der Zeit oder der Zeitmessung befassen.

Beim diesjährigen Preisträger handelt es sich um den aus Bielefeld stammenden Historiker Gerhard Dohn-van Rossum, der zur Zeit als Gastprofessor an der Universität von Dresden doziert. Sein prämiertes Buch „Die Geschichte der Stunde“ wurde von den Juroren als „die bisher wohl umfassendste wissenschaftliche Aufzeichnung der Kulturgeschichte der Uhrmacherkunst und Zeitmessung“ bezeichnet. Unter anderem hat Gerhard Dohn-van Rossum in seinem Werk systematisch für rund tausend europäische Städte Daten über die Geschichte deren öffentliche Uhren ausgewertet.

neu bei dtv

Giacomo Leopardi: Das Gedankenbuch

Graf Giacomo Leopardi (1798-1837), Italiens bedeutendster Lyriker seit Petrarca, Zeitgenosse Manzonis, geistiger Nachfolger Montaignes und Vorläufer Nietzsches, hinterließ mit seinem „Gedankenbuch“ ein dichtes, poetisches Meisterwerk zeitübergreifender Reflexionen. Von 1817 bis 1832 fertigte er tagebuchartige Niederschriften an, die sein Leiden am Leben, seine Vereinsamung, sein Unglück, seinen umfassenden Pessimismus philosophisch begründen sollten: der „Zibaldone di pensieri“.

dung bringen: so wie wir Gott unendlich nennen, weil er in sich die ganze Unendlichkeit vollkommen und wahrhaft enthält. Wohingegen der Mensch, wie jedes lebende Wesen, sich zwar ohne Einschränkung liebt und die Eigenliebe weder Grenzen noch Maß, weder der Ausdehnung noch der Dauer nach kennt, trotz allem jedoch das Gemüt des Menschen oder sonst eines Lebewesens keiner Empfindung fähig ist, die das Ganze der Unendlichkeit in sich schlosse; und in diesem Sinne sage ich, daß die Liebe zu sich selbst nicht unendlich sei; und hat sie auch keinerlei Grenzen, so folgt daraus doch nicht, daß unser Gemüt irgend etwas Unendliches habe, mehr als dasjenige eines beliebigen Tieres. Und so kann man in diesem Zusammenhang keine Schlüsse ziehen - aus der Grenzenlosigkeit unserer Wünsche als Folge der oben genannten und erläuterten Unbegrenztheit der Eigenliebe; oder aus unserer unendlichen oder eben grenzenlosen Fähigkeit zu lieben, d.h. auf erfreuliche Weise bewegt und geneigt zu sein; Folge der unendlichen Liebe zur Lebensfreude, die unmittelbar und notwendig aus der unendlichen - grenzen- und maßlosen - Eigenliebe hervorgeht. (4. Februar 1821).

Giacomo Leopardi, „Das Gedankenbuch“, Auswahl, Übersetzung und Nachwort von Hanno Helbling, dtv 2306.

Eigenliebe ist unbegrenzt

Nicht einmal die Liebe zu sich selbst ist unendlich, sie ist nur unbegrenzt. Sie ist nicht unendlich, sage ich - nicht weil Ursprung und Bedeutung des Begriffes dies ausschließen, sondern im Hinblick auf die Kraft, die wir damit in Verbin-

Notizen

Wiligrader Kunstbörse

Mit gutem Erfolg ging die 2. Kunstbörse zu Ende, zu der der Kunstverein Wiligrad e.V. im Dezember in die Ausstellungsräume des bei Lübstorf 15 Kilometer nördlich von Schwerin gelegenen Schlosses Wiligrad eingeladen hatte. Malerei, Grafik, Objekte sowie Werke der angewandten Bereiche Keramik, Schmuck und Textil von etwa 40 Künstlern aus Mecklenburg-Vorpommern zeigte die Ausstellung, die an den wenigen Tagen von etwa tausend Kunstfreunden besucht wurde. Für über 16 000 DM wurden Arbeiten verkauft - vom kleinen Keramikleuchter bis zum Aquarell und Ölgemälde.

Das nächste Projekt des Kunstvereins Wiligrad ist eine Plakatausstellung internationaler Künstler zum Thema Menschenrechte. Die Eröffnung wird für den 22. Januar vorbereitet.

Theater reagiert

Rostock ist zum Synonym geworden für den sich zunehmend gewaltsam äußernden Haß gegen Ausländer und andere Minderheiten in Deutschland. Auch wenn die Ereignisse im Neubauiertel Lichtenhagen zum spektakulären Medienereignis ausgebaut wurden, darf dies nicht über die realen Gefahren hinwegtäuschen, die von diesen Tendenzen für die Entwicklung des vereinten Deutschland ausgehen. Kluge Politiker sind gefordert, aber auch die kulturellen Institutionen.

So hat sich die Leitung des Volkstheaters Rostock entschlossen, kurzfristig den Spielplan zu ändern. Statt eines Stückes von Marieluise Fleißer wird speziell für ein jugendliches Publikum „Katzelmacher“ von Rainer Werner Fassbinder (Inszenierung: Heike Beutel) herausgebracht. In seinem Theaterstück von 1968 thematisiert Fassbinder den Haß und die Gewalt gegen sogenannte „Gastarbeiter“ in der alten Bundesrepublik.

nordkolleg rendsburg

An junge, qualifizierte Sänger, die noch nicht im Engagement sind, richtet sich der Kurs, den Jeunesses Musicales Schleswig-Holstein gemeinsam mit dem nordkolleg rendsburg durchführt. In einem Opernkurs wird die Gluck-Oper „Der betrogene Kadi“ künstlerisch und szenisch erarbeitet. In einer Doppelbesetzung werden öffentliche Aufführungen vorbereitet. Ein erstes Vorsingen ist für den 23. Januar vorgesehen.

Nähere Auskünfte über nordkolleg rendsburg, Am Gerhardshain 44, 2370 Rendsburg, Tel. 04331-5084

„Solsbüll“ - ein norddeutscher Familienroman

Jochen Missfeldt, der bislang mit Lyrik und erzählender Prosa bekannt wurde, hat mit diesem ersten Roman seinen Ton gefunden. Es ist schwer vorstellbar, daß ein anderer Autor diese von Harmoniebedürfnis getragene, aber doch unglückliche und verfahrenere Geschichte dreier Generationen nachahmen könnte. Kempowski, der in Frage käme, ist zu detailliert versessen und nicht betroffen genug.

Der Roman ist zunächst ein Hymnus auf die Schleswig-Holsteinische Landschaft. Missfeldt hat sie so kostbar gezeichnet, daß die Menschen in ihr nichtswürdig erscheinen, und es auch oft mehr als genug sind. Gustavs Vater fiel im zweiten Weltkrieg. Dessen Vater starb im ersten. Gustav Nr. 3 erzählt die Geschichte von Frauen ohne Männer, aber sie ist in der Gefühlsdemokratie im Hause Solsbüll-Mühle so vorgebracht, mehr die Geschichte eines Kindes, das in der prägenden Umgebung von Frauen aufwächst. Die Großmutter und Mutter sind beide Hebammen, und sie leiten ein Entbindungsinstitut, so daß sich dem Erzähler die Welt zunächst als eine Welt des Kinderkriegens und der Geburtshilfe darstellt. Hierbei schlüpft einmal der Erzähler - grassesk - unter die Decke der Wöchnerin Monika, die sich ihm verweigert, von deren Überfluß an Milch er aber

Buhrufe für den Regisseur

Zur Premiere von Euripides „Bakchen“ in Hamburg

Am Anfang stand das Desaster. Wenige Tage vor dem Start von „Die Bakchen“ am Deutschen Schauspielhaus (Regie: Ivo van Hove) stürzte zum Schrecken des Bühnenbildners Jan Versweyveld ein Teil der Kulisse ein. Technisches Versagen, zum Glück ohne Verletzte.

Trotzdem gelang es dem Theater, das Stück des griechischen Tragikers Euripides (480 - 406 v.Chr.) doch noch im alten Jahr auf die Bühne zu bringen. Was sich dabei vor den Zuschauern (im wahrsten Sinne des Wortes) enblättert, erinnert frappant an Aufführungen der Sorte Bürger-

schreck aus der Hippie-Zeit vor gut 25 Jahren. Nackte männliche und in Katzenstreu urinierende weibliche Darsteller gestalten Teile der zweieinhalbstündigen Aufführung an der Kirchenallee. Gleichwohl, Empörung blieb aus.

Die Handlung ist kurz wiederzugeben. Euripides erzählt das Duell zwischen dem Mensch gewordenen Gott Dionysos (hervorragende Besetzung: Ben Becker) und dem ungläubigen Thebanerkönig Pentheus (Ingo Hülsmann). Unterstützung in diesem Kampf erhält Dionysos durch die Bakchen, einer Gruppe erleuchteter Frauen, in der sich Menschen

und Götter begegnen. Am Ende obsiegt das Gottesfürchtige, während der tumbe König Pentheus von seiner Mutter, dem Bakchen Agave (gespielt von Barbara Nüsse) im Rausch zerstückelt wird.

Für diese doch eher dürre Handlung benötigt van Hove allerdings 150 Minuten ohne Pause (!), was zu deutlichen Längen führt und dem Besucher sehr viel Geduld abverlangt. Darüber hilft auch das sehr kreative Bühnenbild nicht hinweg, das die Schauspieler mal in Wolken einschwelen läßt, mal mit Lichteffekten spielt und bei dem einmal - jedoch kontrolliert und mit Szenenapplaus bedacht - eine Wand umstürzt.

Zu überzeichnet gerät nach meiner Ansicht die Gruppe der Bakchen (mit dabei: Susanne Schäfer), die hysterisch kreischend eher amerikanischen Cheer-Leaders gleicht, und deren Assesoiere an die Trammer-Ausstattung der 70er Jahre erinnert.

Zum Schluß gab es großen Beifall für die schauspielerische Leistung der Akteure, aber auch heftige Buhs für den belgischen Regisseur (Kollegen-Spott: Manneken-Pis). Als ärgerlich empfand ich das ungewohnt dürftige Programmheft. Einfalllos drückt das Schauspielhaus den Text des Stückes ab. Mein Vorschlag: Hierfür braucht man kein eigens erstelltes Heft, dafür kann man auchv Reclam-Texte ausgeben.



Szene mit Fritz Lichtenhahn und Adolph Spalinger

Foto: H. Kneidl

Dirk Vollmer

Baldin-Sammlung zurück nach Bremen?

Die Bilder aus der kunsthalle Bremen, die während des zweiten Weltkrieges in die Mark Brandenburg ausgelagert und nach Kriegsende in die Sowjetunion verbracht wurden, werden möglicherweise im Frühjahr 1993 wieder zu sehen sein. Konkrete Zusagen aber konnte der russische Kulturminister Ewgenij Jurjew Sidorow, der Anfang Dezember zu Besuch in Bremen weilte, nicht machen. Bei einer Pressekonferenz äußerten der Kulturminister und der Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister Klaus Wedemeier, die Hoffnung, daß die geplante gemeinsame Kommission, die über die Frage der gegenseitigen Rückgabe von Kunstschätzen verhandeln soll, in der dritten Januar-Woche in dresden erstmals zusammentreten wird. Sidorow machte indessen auch deutlich, daß bei Bildern aus

Bremen, die sogenannte Baldin-Sammlung, in diesem Zusammenhang einen Sonderfall darstellen. Hier stünden die Eigentumsrechte der Kunsthalle außer Zweifel, und so könne die Rückgabe dieser Werke auch als ein Pilotprojekt in der Arbeit der künftigen Kommission gesehen werden. Zur Zeit werden die unersetzlichen Aquarelle und Zeichnungen von der Hand großer Künstler in einer Ausstellung in der Eremitage von St. Petersburg gezeigt, nachdem sie fünf Jahrzehnte lang den Augen der Öffentlichkeit entzogen waren.

Bei seinem Aufenthalt in Bremen besuchte eSidorow auch die Kunsthalle, wo diese Meisterwerke einst ausgestellt waren. Außerdem standen auch das Künstlerdorf Worpswede, das Schiffs-

museum in Bremerhaven sowie die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen auf dem Besuchsprogramm des Ministers. Die Forschungsstelle befaßt sich auch mit dem Verbleib der im Zweiten Weltkrieg aus der UdSSR verlagerten Kulturgüter.

Als bleibende Erinnerung an seinen Besuch in Bremen konnte der Kulturminister ein Bild mitnehmen, das ihm von Bürgermeister Wedemeier überreicht wurde. Es ist ein Aquarell des in Fischerhude lebenden Künstlers Christian Modersohn, dem Sohn von Otto Modersohn, Mitbegründer der Worpsweder Künstlerkolonie. „Christian Modersohn will Brücken bauen“, sagte Wedemeier bei der Übergabe des Bildes. Der Künstler wolle mit diesem Gastgeschenk ein weiteres Zeichen der Versöhnung setzen.

trinken darf, - eine rührende und symbolträchtige Handlung in einem Roman, in dem sich der Erzähler wiederholt mit Kondensmilch und Zucker gegen die Unbill des Lebens wehrt.

Der Roman schildert weitere Familienschicksale des Dorfes Solsbüll, gute und böse. Da ist ein ganzer Totengräber, sein Vater ist ein lebensfroher Tunichtgut; da entpuppt sich ein Gauleuter der miesesten, aber effektivsten Art. Die Menschen entstehen dem Leser allmählich, werden deutlicher, je mehr die Spannung wächst, bis die Handlung schlüssig und so aufregend wird, daß man vorausblättern möchte. Der Erzähler enthält sich der Wertungen, es macht ihm nichts, daß seine Großmutter mit einem nationalsozialistischen Arzt befreundet ist. Das Buch ist rhythmisch gebaut, es beginnt skizzierend mit Rekonstruktionen des Lebens vor dem ersten Weltkrieg, hebt sehr deutlich die Schicksale im Dritten Reich hervor, das Absinken des Lebensmutes angesichts der Kippungen im ganzen Dorf und der Rache der bis dahin Zukurzgekommenen.

Die Nazigreuel, die wohl sämtlich vorgefallen und damit historisch sind, wirken auf den heutigen Leser fast wie Karikaturen, wodurch ihre Realität umso un-

heimlicher wird. Der „Held“ Gustav, eher eine Figur am Rande, tritt erst nach 1945 auf und belebt das ereignislose Einerlei des Solsbüll in der Nachkriegszeit. Er beschreibt seine Jugend, die erste Liebe, glücklose Anhimelung unerreichbarer Frauen, Kränkungen beim Abitur, ohne daß er dem Ressentiment verfele. Für die offenbar unvermeidlichen psychischen Folgen seiner unverschuldeten Vaterlosigkeit macht er weder die Umgebung noch die Gesellschaft verantwortlich, wie es bei anderen Erzählern, H. Böll zum Beispiel, naheliegender wäre. Großartig ist der Charakter des Otto von Meggersee gelungen, der eine ganz besondere Art von altfränkisch parlierendem Ekel ist, dessen Gemütlichkeit peinlich wirkt, ein Möchtegern-Nazi, der nach Kriegsende wieder in die Kirche geht. Gustav benutzt ihn (oder auch gelegentlich nur sein Motorrad) als Ersatzvater, und so entsteht Zwielficht in den sonst eindeutig beleuchteten Figuren. Hier haben wir einen Charakter wie Weißlingen bei Goethe oder Gunther im Nibelungenlied.

Missfeldts frühere Neigung zu Sprachexperimenten hat sich in diesem Roman verflüchtigt. Wo noch Unvermutetes kommt, hat es das Experiment hinter sich gelassen und es gelingt, so daß der Autor eine gewisse Privatsprache

einführt und damit über die Fähigkeit verfügt, eine Szene durch mosaikartige Impressionen zusammenzusetzen. Daneben tut sich, was bisher nur latent vorhanden, ein Nachgeben ans Gefühlvolle auf, und das Motto des Romans heißt „Stirb nicht, ich liebe dich so“. Diese leicht abruttschende Fähigkeit wandelt sicherlich an manchen Stellen auf einem scharfen Grat, wäre da nicht das Epos oder die Form des Familienromans, die Rundungen verzeiht und feuchte Glanzpunkte selbst auf dem Firnis verträgt. Das Harmoniebedürfnis stört schon deswegen nicht, weil Missfeldt etwas zu sagen hat und solche Effekte niemals als Selbstzweck nimmt. Die Struktur des Romans ist dicht, der Autor greift aus dem Vollen und schreibt immer kürzere Sätze, bis das Buch ebenso langsam ausgleitet, wie es begann. Ohne Zweifel werden hier Disharmonien harmonisch gefügt, aber das ist eine norddeutsche Spezialität, ja Disziplin. Erfreulich, daß es den Familienroman, so wie er sein sollte und wie er einmal war, noch und schon wieder gibt.

Friedrich Wilhelm Korff

Jochen Missfeldt: „Solsbüll“, Roman, Langewiesche-Brandt, Ebenhausen bei München 1989, 401 Seiten, 38,- DM

Umwelt

Kernenergie:

Das Problem bleibt - Endlagerung

Es ist wieder Bewegung in der Diskussion um die Zukunft der Kernenergie. Ausschlaggebend ist sicher nicht die großzügige Anzeigenwerbung gewisser Stromanbieter. Es ist eher die Weigerung von Engländern und Franzosen, auf die Versenkung eines Teils ihrer atomaren Abfälle im Meer künftig verzichten zu wollen, die den Disput wieder in den Blickpunkt gerückt hat. Unmittelbarer Anlaß zur neugewonnenen Publizität aber geben hierzulande die Auseinandersetzungen um die als Endlagerstätte allen deutschen Atom- mülls vorgesehene ehemalige Schachtanlage Konrad bei Greifswald. Die Auseinandersetzung um Schacht Konrad polarisiert im wesentlichen die Standpunkte der niedersächsischen Landesregierung einerseits, und des Bundesumweltministers andererseits. Immerhin - für die Einrichtung eines stillgelegten Bergwerks als endgültige Lagerstätte allen aus deutschen Kernkraftwerken stammenden Atom- mülls stehen die Betreiber von rund zwei Dutzend dieser Kraftwerke praktisch aller gängigen Typen und Altersgruppen, ein Sammelsurium von Reaktoren westlicher und östlicher Herkunft, wie es sich nach der Vereinigung ergeben hatte. Das gibt es so nirgendwo sonst.

Und unbestritten bleibt die Notwendigkeit, den aus Betrieb (und Stilllegung!) dieser Kernkraftwerke anfallenden strahlenden Müll irgendwo auf Dauer unterzubringen. Die Frage ist eigentlich „nur“ wo. Daran scheiden sich die Geister.

Nach den Vorstellungen des Bundesumweltministers sollen in besagter Schachtanlage künftig 95 Prozent allen in der Bundesrepublik anfallenden schwach- und mittelaktiven Abfalls eingelagert werden, das sollen einmal 650 000 Kubikmeter sein. Der ständig anfallende atomare Abfall ließe sich so über längere Zeit unterbringen. Wie lange es aber tatsächlich dauern würde, bis der Schacht gefüllt ist, hängt in erster Linie davon ab, wieviele Kernkraftwerke im Lande betrieben und also auch entsorgt werden sollen. Sicher ist nur: Irgendwann, in durchaus absehbarer Zeit, wird auch dieses Endlager voll sein. Und ebenso klar ist, daß die hochradioaktiven Abfälle, die zur Zeit noch im Ausland „abklingen“ dürfen, schon ab 1993 zurückgenommen werden müssen. Auch diese müssen dann „endgelagert“ werden.

Atom- müll unterscheidet sich von jedem anderen „normalen“ Müll dadurch, daß er strahlt. Dabei handelt es sich um radioaktive Strahlungsarten, die in Form von Teilchen oder Quanten aus den Kernen bestimmter Atomarten emittiert werden. Alle sind, wenn gleich unterschiedlich, biologisch wirksam, daß heißt je nach empfangener Dosis gesundheitsschädlich bis tödlich.

Im Atom- müll sind hunderte verschiedene radioaktiv strahlende Kernarten vermischt. Ihre jeweiligen Halbwertszeiten überdecken eine gewaltige Zeitskala von Sekun-

den bis Jahrzehntausenden. Etliche der Atomarten sind zudem noch chemisch giftig, manche, wie z.B. Plutonium - das in der Natur nicht vorkommt - so sehr, daß man nicht einmal daran riechen dürfte. Die Giftigkeit darf mit der Strahlungswirkung nicht verwechselt werden. Der radioaktive Zerfall ist mit Energiefreisetzung verbunden. Der Atom- müll - samt seinen Behältnissen und der unmittelbaren Umgebung - heizt sich auf. Die Behälter von stark radioaktivem Müll müssen also gekühlt werden. Erst nach - ständig überwachungsbedürftiger - Kühlung von dreißig Jahren Dauer nimmt die Temperatur eines Containers auf einen Wert von 60 °C ab. Dann nimmt die Rate der Wärmeentwicklung im Behälter im Laufe der Zeit sehr langsam ab, bis sie nach etwa sieben- einhalb Jahrtausenden für den Einzelcontainer den Wert „ein Watt“ erreicht hat. Da es dieses Problem erst seit wenigen Jahrzehnten gibt, können noch keine großtechnischen Erfahrungswerte vorliegen, alle Aussagen fußen auf Berechnungen und Laborexperimenten. Das betrifft vor allem das weitere sogenannte Langzeitverhalten der Container. In wie weit sich diese auch ohne überwachte Kühlung thermisch stabilisieren oder aufheizen, hängt in erster Linie vom Wärmeleit- und -speicher- Vermögen des jeweils umgebenden Mediums (im Bergwerk- Gestein) ab. Im Idealfall wird die beim radioaktiven Zerfall entstehende Wärme stauungsfrei an das Umgebungsmaterial abgeleitet, wohingegen im schlimmsten angenommenen Fall vollkommener thermischer Isolierung (Prinzip Thermosflasche) die Erhitzung bis zum Glühen und damit zur Zerstörung des Behältermaterials führen würde, mit allen Folgen des unkontrollierten Austritts der radioaktiven Schmelze. Nur bei sorgsamster Auswahl geeigneter Endlagerstätten kann dieser Katastrophenfall sicher ausgeschlossen werden.

Wie sehr aber das Problem in manchen Kernkraftwerken jetzt schon akut ist, zeigt das Beispiel Kosloduj. In diesem bulgarischen Kernkraftwerk, von welchem die Stromversorgung des Landes weitgehend abhängt, werden zur Zeit fast 700 Tonnen abgebrannter Brennelemente in Wasserbecken in einfachen Hallen zwischengelagert. Auch nach fünf Jahren Abklingzeit würde ein nur 24stündiger Ausfall der Wasserkühlung ausreichen, um die Brennelemente durch Selbsterhitzung zum Schmelzen zu bringen. Solch ein Fall war 1957 die Ursache für die lange geheimgehaltene, seit Hiroshima und Nagasaki schlimmste Kernkatastrophe in Tscheljabinsk im Ural.

Die hochgradige Gefährlichkeit der im radioaktiven Müll enthaltenen Stoffe gibt es sonst nirgendwo auf der Erde. Sie zwingt zu absolut sicherer Verwahrung über viele Jahrtausende. Kein fremder Zugriff, auf welche Art er immer erfolgen möge, darf möglich sein. Also müssen die Endlagerstätten bewacht werden, von entsprechend geschultem, motiviertem und ausgerüstetem Personal. Rund um die Uhr. Und das viele Jahrtausende

lang. Nicht nur die Risiken, sondern auch die Kosten werden verdrängt.

Nicht minder schwierig erscheint die Sicherung gegen Zugriff und Freisetzung aus reiner Unkenntnis. Das Problem besteht darin, genaue Kenntnisse hinterlassen zu müssen für unabsehbare lange Zeit. Die Kenntnis über Art und Menge des eingelagerten Atom- mülls muß fehlerlos, sicher und unverwechselbar an immer neue Generationen unserer Nachkommen weiter vermittelt werden. Über die Folge von hunderten Generationen muß die Information absolut zuverlässig weitergegeben werden darüber, was da gelagert ist, in welcher anfänglichen Isotopenzusammensetzung (die sich ändert), wieviel von jedem Stoff und seit wann.

Selbst die ältesten ägyptischen Grabinschriften sind „nur“ wenige Jahrtausende alt. Und vor allem: Sie enthalten keine für den jeweiligen Finder lebenswichtigen Informationen. Bei den Endlagerstätten-Informationen ist das sehr wohl der Fall. Aber wie sollen derartige Informationen sicher über die Zeiten gebracht werden? In welcher Schrift, welche Sprache, auf welchem Papier?

Denn was wir unseren Nachkommen da hinterlassen, ist kreuzgefährlich. Hinsichtlich der Strahlung mindestens für Jahrtausende, was die Giftigkeit betrifft, oft noch viel länger. Endlagerstätten müssen eingerichtet werden. Aber noch weiß keiner, was das kostet, keiner, wie es damit weitergehen soll. Und vor allem: keiner will sie haben.

G. Poppe



Immer nur Autos, Autos, Autos und Straßen, Straßen, Straßen, allenfalls mal ein Transrapid dazwischen. So stinkend-eintönig hatten wir uns die Zukunft des Verkehrs in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich gar nicht vorgestellt. Aber dem Vernehmen nach ist jetzt doch noch der verkehrspolitische Kampf zweier Linien ausgebrochen: Während CDU-Vormann Günther Krause weiterhin stur auf Dampfwalze und Hubraum setzt, hat Landes-Wirtschaftsminister Lehment von der FDP jetzt mit einem echten Kontrast-Programm aufhorchen lassen, - eingedenk der jahrhundertelangen mecklenburgischen Kern-Erfahrung, daß das Land am schönsten bleibt, wenn man sich langsamer als andere vom Fleck bewegt, will Lehment alle Familien des Landes mit jeweils einem „Schwung-Pferd“ (unser Foto) ausstatten. Das geschmackssicher mit dem Landeswappentier als Kopf versehene Ding funktioniert im Prinzip wie ein Schaukelpferd und ermöglicht gemächliches Vorankommen ausschließlich vermittelt der eigenen Schwungkraft des Reiters. Mit den Worten „Ich taufe Dich auf den Namen „Aufschwung Ost““ hat Lehment das von einer Wismarer Firma zur Serienreife gebrachte Vehikel am Neujahrstag in Schwerin dem Verkehr übergeben. Und was das Schönste ist: Selbst einen japanischen Mittelklasse-Wagen schiebt man damit bei einiger Übung mühelos von der Straße.

Schade, daß diese Geschichte zu einem auf der Ideen-Olympiade ausgerechnet des japanischen Autoherstellers Toyota aufgenommenen Foto frei erfunden ist. Das Projekt wäre nicht viel unqualifizierter gewesen als das meiste, was den Landes-Kräften bisher zur Wirtschafts- und Verkehrs-Entwicklung eingefallen ist, dafür aber viel umweltverträglicher.



Die normative Kraft des Idiotischen

Bei Wismar wurde erster Spatenstich für Ostsee-Autobahn getan

Das hat Verkehrsminister Günther Krause nun davon: Gerade eröffnet er noch, publicityträchtig auf dem Territorium seines eigenen Wismarer Wahlkreises, mit dem ersten Spatenstich die Bau-Phase der Ostsee-Autobahn, und schon bezeichnet ihn der stets mindestens eine Etage zu hoch formulierende Verkehrsclub Deutschland als „Autobahn-Stalinisten“. Aber was immer ein Autobahn-Stalinist sein soll, wenn nicht einer jener lästigen Trabbi-Fahrer, die ständig auf der linken Spur hängen: Sollte der VCD mit diesem Bolzen-Etikett zum Ausdruck bringen wollen, daß Günther Krause alles andere ist als ein Autobahn-Demokrat, hat er natürlich auch wieder irgendwie recht. Denn demokratisch soll es nach dem Willen des Ministers insbesondere in seinen östlichen Stammländern nicht zugehen bei der Planung von Straßenbauten, - „Beschleunigung“ ist sein handlungsleitendes Stichwort nicht nur für den Verkehr selbst, sondern auch für die als lästig empfundenen Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren. Und so zieht das zu diesem Behufe geschaffene gleichnamige Bundesgesetz der Beteiligung von Bürgern, Verbänden und Behörden denn auch enge Grenzen.

Die rund 300 km lange, rund drei Milliarden Mark teure A 20, die nach ihrer Fertigstellung die Städte Lübeck und Stettin verbinden und Mecklenburg-Vorpommerns Norden an's westdeutsche Autobahn-Netz anbinden soll, hat Krause sozusagen zum Prototyp dieser neuen, alten Brachial-Planung erkoren, bei der sich um sachliche Gegen-Argumente und schon so wieso um die Umweltverträglichkeit von Projekten nicht groß geschert wird: Gerade zwei Jahre, frohlockte Krause kurz vor Weihnachten auf der gerade eröffneten Baustelle, seien von den ersten Vorarbeiten bis zum Baubeginn verstrichen. Autobahnbauein in den 30er Jahren, das scheint die Lieblings-Vorstellung des Beschleunigungs-Ministers aus dem Land der Holper-Pisten zu sein: Die Trasse als das allseitig Gute, das den Menschen Arbeit und Brot bringt und dem ganzen Land Wohlstand und Gewerbe-Ansiedlung und windschnittiges Vergnügen im Stil der neuen Zeit; lieber

sind die Leute doch an den Früchten raschen Fortschritts beteiligt als an irgendwelchen komischen Verträglichkeitsprüfungsverfahren, mit denen ihnen doch letztlich bloß das schönste Stadium von allen vermiest wird, nämlich das der Vor-Lust. Die Bürger der Ex-DDR haben ein Anrecht nicht nur auf prompte Wiederholung sämtlicher Fehlentwicklungen der alten Bundesrepublik, sondern auch darauf, bei dieser Neuaufgabe der Politik der Sechziger Jahre nicht durch den Erkenntnisstand der ausgehenden Achtziger Jahre irritiert zu werden. Wer so Politik macht, wirkt aber immerhin wie einer aus der Mitte des Volkes, der nichts Besseres sein will. Deshalb wird jemand wie Günther Krause gewählt, und deshalb wird er den Teufel tun, sich und seine Politik jemals zu ändern. Hunderte von Seiten voll von Experten-Argumenten gegen den Autobahn-Bau die belegen, daß ökologischer Schaden angerichtet wird, ohne den versprochenen ökonomischen Nutzen zu bringen, versagen vor dieser Logik.

Vertreter von Greenpeace, Robin Wood und des Aktionsbündnisses gegen die A 20 waren am Tag und am Ort des ersten Spatenstichs für die Autobahn auch noch zur Stelle. Sie hatten zuvor 300 Bäume gepflanzt, für jeden geplanten Autobahn-Kilometer einen, und sich rechtzeitig zum Auftakt des feierlichen Staatsaktes an diese angekettert. Das wirkte aber leider hauptsächlich wie die Versinnbildlichung der durchaus selbstverschuldeten Schwäche der politischen Gegen-Position: So wie man gerade noch so eben die Bäumchen in den Boden gebracht hatte, an die man sich in sichtlich überzogenem Pathos band, ist man auch insgesamt im Vorgehen gegen die Ostsee-Autobahn letztlich an der eigenen Unfähigkeit zu rechtzeitigem, öffentlichkeitswirksamem Protest gescheitert. Die Pflanz-Aktion unterstrich, daß die ostdeutsche Ökologie-Bewegung noch weitgehend ohne wirkliche Wurzeln ist. Nicht nur dem Minister, sondern auch seinem Wahl-Volk blieb das Spektakel ebenso gleichgültig wie die berechtigten Argumente, die damit verdeutlicht werden sollten.

m. w.

SIEMENS

Siemens Übertragungssysteme GmbH Greifswald

In unserem Unternehmen in Greifswald werden Geräte der digitalen Übertragungstechnik für weltweite Anwendungen entwickelt und gefertigt.

Neue und anspruchsvolle Projekte im Bereich Entwicklung erfordern die Erweiterung unserer Entwicklungskapazität.

Wir suchen kreative und engagierte

Entwicklungsingenieure/-innen der Fachrichtung Nachrichtentechnik

für die Entwicklung von hardwarenaher Software der Übertragungstechnik und für unsere ASIC-Entwicklung. Voraussetzungen sind Kenntnisse der digitalen Schaltungstechnik/Elektronik/Nachrichtentechnik sowie englische Sprachkenntnisse.

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, in einem Team von jungen engagierten Mitarbeitern und mit Hilfe modernster Arbeitsplätze, die herausfordernden Aufgaben erfolgreich zu lösen.

Interessenten senden bitte ausführliche Bewerbungsunterlagen an unsere Personalabteilung.

Anschrift: Siemens Übertragungssysteme GmbH
Personalabteilung
Brandteichstraße 25 · O-2200 Greifswald

Wir sind umgezogen

Polley, Johannsen + Partner
Steuerberatungsgesellschaft mbH

Polley + Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung

Unserer werten Kundschaft geben wir zur Kenntnis, daß wir ab 1993 in unserem repräsentativen Bürogebäude in der Schelfstraße 35 zu erreichen sind.

Anschrift:

Schelfstraße 35 · O-2757 Schwerin
Telefon 03 85 / 8 10 90 · Telefax 03 85 / 86 88 15

Unser Büro in der Schliemannstraße bleibt noch im Januar geöffnet.

Vermischtes

Up platt:

Stammbom international

Mit Korl sin Befinden is dat so as mit dat Wäder. Sin Befinden wesselt von Dag tau Dag un an wecke Dag ok mihrmals. An väle Dag in 't Johr fählt hei sick as einen urigen Meckelnborger. Dat is denn so mihr wat dörchwussen. As dat Wäder bi uns an de meisten Arbeid öwer denn Kopp wasst deit, glöwwt hei, hei is ein Slaw in dat olle Rom.

Un wenn hei in ' Kraug mit de passenden Lüd tauhop sitt, demm fährt hi sick up dat ein Donkok un süppt so lang, bit hei ünner den Disch fällt. Annern Morgen wäwer, wenn hei in sin Portjuchee kieken deit, un dor is Dierabend, ward hei giezig as ein Schottenkiel in sinen Minilendenschurz. Is disse duernde Befindenswessel woll sonne Ort von Wedderwendigkeit?

Nu is Korl wägen dissen Tausand tau sinen Doktopr gahn. De Doktor hett em ierst eins de ganze Leidensgeschichte vertellen laten un em denn seggt, dat wier erblich, dor kunn hei ok nicks bi maken. So wieren de beiden flink dormit fardig un de Doktor hett sick blot noch denn Krankenschein geben laten.

Korl is also nah Hus gahn un up sine Ahnen dahl. Dorbi hett hei sick nich blot de „gerade Linie“ vormahnen, dat heit de von Vadder tau Vadder, ne, em interessierten ok all de Mudders, Gröbings, Urgröbings und so wieder, un so wieder. Dat os doch nich mihr as recht. Wat wieran will ahn de Muddings, Gröbings,

Urgröbings un so wieder, un so wieder.

Nah korte Tied is unsen Korl bi disse Ahnenforschung ganz schummelig vör Ogen worden: Zwei stück Öllern, veer Stück Grotöllern, 8 Stück Urgrötöllern, 16 Stück Urgrötöllern un weder ünner so wieder un ünner so wieder. Wo sall dat ennen? Is ja grad so, as mit de Körner up dat Schachbrett.

Korls öllster bekannter Vorfahr in „gerader Linie“ steiht mit Namen in de ahnentafel ut nationalsozialistische Tieden. De hett um 1750 läwt. Wier Schulze in ein lüttet Döörp bi Nikloster, südöstlich von Wismer. Up dissen Schulze, wat ja ein Bürgermeister west is, wieren un sünd hei un sine Sippe, von wägen de Herkunft un öwerhaupt, bit hür bannig stolz.

Nu hett ein Fründ, dat is ein Mathematikus, üträtent, dat Korl ut de Tieden von denn Schulzenvorfahren all ein Stücker 125 Vorfahren hett. Dat sünd mihr Minschen, as denn in dat ganze lütte Döörp von den Schulzen wahnt hebbt. Un so wenig, as de Lüd in dormalige Tieden rümmen kamen sünd, möten denn also de Schäper, de Kätters, de Daglöhners un all de Besitzlosen von dormalen ok tau Korls Vorfahren tauhürt hebben.

Un ok all de Spitzbauwen ünner disse Lüd, von de dat ja ünner rieklich gäben hett. Dor mach Korl nu gor nich an denken. Blot de Gören nicks marken laten.

Denn hett de Mathematikus wieder räkent. Um 1400 hett dat nah de Potenzmethode all sowat 130-dusend Vorfahren von Korl gäben. an Schwund ward dorbi nich dacht. So väl Lüd hebbt denn man grad so in ganz Meckelnborg läwt. Alle mittelt. Vun't Herzoggeschlecht bit tau de Piraten. Allens Korl's Vorfahren. Kann anners nich angahn. Jeder Vorfahr hett doch Vadder un Mudder. Kümmt awer noch leger.

So um 100, as dat bald los gahn deit mit dat Domebugen in Ratzborg un Schwerin, do hett Korl all ein Stücker 30 Mill. Vorfahren. So väl Minschen hebbt nu wedder de Dütschen för sick allein dormalen nich tauhop krägen. So väl Lüd hebbt dormalen in ganz Europa läwt. So möten bi Korls Vorfahren ut dormalige Tieden nich bloß Sassen, Saarlänner un Bayern bi west sin, ne, ok all Russen un Juden, Spanier un Zigeuners. Un nich tau wenig. Dat is biologisch un mathematisch hunderdprozentig.

Hett sick lont, dat mit de Ahnenforschung. Nu is Korl klor, worüm hei nich sonn' einfachen, ruhigen, sachlichen Meckelnborger is, as hei dat girn wier. Sine Vorfahren ut dfe Dombugertieden späukt em ünner noch in sin Blaut rümmen. Un hei mach gor nich wieder räken. Mit denn Mathematikus hett hei sick all vertürt.

Blot drei oder veer Generationen wieder trüch, denn hett hei all

de dormaligen Lüd von de ganze Welt up sine Ahnentafel. Denn möten dor nu all Swatte un Brune, Rode un Gäle bi west sin. Un Eskimos. Blot gaud, dat man sick hütigendags wägen sonne Vorfahren nich mihr schamen brukt. Hier un dor is sonne Ahnentafel sogar all bäten wat tau't Angäben gaud.

Wägen sin Befinden hett Korl nu ünner ein Uträd. Wat ja bannig wichtig is. Hei kann nu allens up de Altforderen afschuben, up de Südlänner, de girn eins in' Schatten sitten gahn, wenn ehr dat för de Arbeit tau warm is, up de unbändigen Kosaken, de Fru un Kinner vergäten, wenn se in' Kraug sittwen. Un wenn sine eigenen Kinner mal bäten wat transusig sünd, wat hütigendags ja öfter eins so is, denn seihst dor woll de väle Tran ut dat Eskimoland dörch.

Annerletzt, dor hett Korl sin Mudding von sine Un ehre Ahnen vertelt. De is doröwer sinn' bäten wat bös worden. De hett noch sonn' ollen dütschen Stolz in sick. Vun Gäle und Swatte ünner ehre Vorfahren, dorvun wull se absolut nicks weiten. Ok nicks von Spitzbauwen, Scharrichters un Piraten. Kosaken all ihrer. Awer Späukenkiekers hett se seggt, ja, Späukenkiekers, dat kunn angahn in Meckelnborg. Un nich tau wenig. Un de harn woll grad bi Korl, wat ja ehr Jung is, bös dörchslegen.

Korl Bäk

Forum

Aus Rom nichts Neues?

Seit ich den MA abonniert habe, s freue ich mich jedesmal, wenn ich die Zeitung aus dem Briefkasten hole. Der Inhalt ist interessant und entspricht in vielen Bereichen auch meiner Einstellung.

Doch leider hat mich der Artikel „Klänglich“ von f. m., MA vom 11. 12 1992, sehr betroffen gemacht. Gewiß können Sie auch zum Thema „Katechismus“ berichten, aber nicht in ausgesprochen unfairer und ungerechter Art und Weise. Polemik gegen die Kirche zu verbreiten ist für manche Journalisten ein beliebtes Thema. Ohne Zweifel sind der Institution Kirche im Laufe von 2.000 Jahren sehr bedauerliche Fehler bis hin zu Menschenrechtsverletzungen (Hexen u. a.) unterlaufen, die auch eingestanden werden. In erster Linie hat die Kirche jedoch den Menschen unschätzbare geistige und kulturelle Werte vermittelt, bzw. dazu ange-regt. Ich möchte nur ein Beispiel aus unserer Zeit nennen. - Mutter Theresa, und auch an Bekennernut gegen die Nazi-Diktatur und Völkerhaß erinnern.

Natürlich ist es mir verständlich, daß Bischof Werbs Ihnen keine Information geben kann, wenn er den Inhalt des kürzlich herausgegebenen Katechismus noch nicht kennt.

Katharina Wrobel, Schwerin

Da können wir uns ja glücklich schätzen! Der „Mecklenburger Aufbruch“ ist jetzt sogar mit eigenem römischen Korrespondenten vertreten. Und einem französischsprachigen noch dazu! Zwar ist der neue Katechismus der römisch-katholischen Kirche erst

in französischer Fassung erschienen und in deutscher Sprache noch nicht erhältlich, jedoch hat der „Aufbruch“ bereits die ultimative Kritik dazu. Und dies, obwohl der Schweriner Weihbischof sich schände einem Interview verweigert, da er den Katechismus noch nicht kennt. So ein Schlingel! Dabei spricht laut „Aufbruch“ doch schon alle Welt darüber. Aber hier zeigt sich eben der begnadete Journalist. Das, worüber alle Welt spricht, braucht man selbst nicht zu kennen, um einen Artikel darüber zu verfassen. Schließlich leben vom Abschreiben anderer Veröffentlichungen ganze Presseimperien. Es ist natürlich bequemer, dem Verein der Freunde eines einfachen Weltbildes beizutreten - „Bild“ läßt mit wirtschaftlichem Erfolg schön grüßen - als sich ernsthaft mit der - durchaus dem Zeitgeist widersprechenden - Lehrmeinung einer großen Religionsgemeinschaft auseinanderzusetzen. Wer läßt sich schon gern seine vorgefaßte Meinung stören? Schließlich reicht es „zur Beurteilung des neuen Katechismus ... völlig ... den alten zu kennen“. Und der ist immerhin schon ein paar hundert Jahre alt.

Merke: Es ist schade, wenn man für einzelne Ausgaben des Aufbruch manchmal keinen Druckerstein mehr bekommt, wünschenswert wäre es jedoch, wenn dies für einzelne Artikel auch zuträfe!

Dr. Gerhard Vogel, Hamburg

PS: Zensur wie in unseeligen Zeiten wäre doch ein trefflich Ding, oder?

MA beißt an ...

Ritterstube

Schwerin, Ritterstraße

Wir haben uns heute für DIE RITTERSTUBE entschieden. Nomen est Omen? Wir erwarten urige Gastlichkeit! Die vermeintliche Behausung der Rittersleut findet man zwischen dem Großen Moor und der Schloßstraße.

Doch Welch herbe Enttäuschung! Von Rittern nicht die Spur, nicht einmal eine verrostete Rüstung aus alter Zeit, oder wenigstens aus Hongkong. Dafür keine Platzprobleme. Wir kommen ohne weiteres unter und hätten ruhig noch mehr Leute mitbringen können. Auch die Bedienung ist recht nett anzusehen. Ein freundliches Fräulein bringt uns warmen Sekt, fast trockene Hausmarke. - Man ahnt, wir haben etwas zu feiern! Darum sind wir ob der etwas teuren Gerichte nicht gar zu sehr irritiert. Auch erwarten wir gar nichts Originelles mehr, es ist bei den nicht anwesenden Rittern wie überall: So stellt sich heute vor, will der Gast speisen. Pommes, Kroketten, Prinzbohnen...

Nach gar nicht langem Warten kommen dann die Speisen. Jenes Fräulein serviert strahlend. Wir haben die Hausmarke schon verziehen. Aber dann: Wie schmecken Filetspitzen, wenn sie mehr als gut abgehängen? Wir sind voller Mitgefühl. Es tut uns fast leid, nun muß die nicht mehr ganz so strahlende junge Dame neues heranschaffen. Auf die ersten Bissen trefflich, aber dann kommt der nächste Streich, auch beim besten Willen: Das Fleisch war kaum genießbar. Aber wir sind guten Mutes.

Bloß als dann zwei meiner Gäste berichteten, sie hätten die ganze Nacht Bauchgrimmen gehabt, da kamen wir denn doch zu der Ansicht: Rittersleut konnten einfach anderes vertragen als unsere verzärtelten Mägen, die trotz der Verbesserung der Quantität des Gaststättenangebotes auf Gaumenfreuden bis heute warten, geduldig wie es im Osten der Brauch...

Ambiente: enttäuschend
Küche: schlechter als sie sich erlauben wollte
Bedienung: sehr, sehr nett
C. D.



Das waren noch Zeiten, als Eduard Zimmermann die Bevölkerung der Altbundesländer vor den Bildschirmen versammelte und sie mit saueröpfischer Miene sowie polypenverdächtig nselndem Organ („Wie sieht's bei Ihnen aus, Teddy Podgorski in Wien?“) auf Strauchdiebe-Jagd schickte. Da erzitterte die Welt des Verbrechens von Ulrike Meinhof bis zum gemeinen Trickbetrüger. Aber in den Zeiten der Medien-Alltäglichkeit von Gewalt ist die Anhängerschaft der Zimmermann'schen Mitmach-Ausflüge in die banale Welt von Kleinkriminalität und Totschlag bei Nachbarn um die Ecke auf ein kleines Häuflein zusammengeschmolzen.

Für den XY-Mann bleibt jetzt nur noch eine Nische bei SAT 1, woselbst er ab sofort mit der alle zwei Wochen ausgestrahlten Sendung „K - Verbrechen im Fadenkreuz“ auf, wie der Sender versichert, „differenzierte Weise aufzeigen wird, wo im täglichen Leben Gefahren liegen und wie sich Bürger davor schützen können“. Da kann man sehen, wie der Altmeister in die Bredouille gekommen ist: Zu „differenzieren“, gar „auf differenzierte Weise“ etwas „aufzeigen“, das war nie Sache des Mannes, den die „Nepper, Schlepper, Bauernfänger“ der Alt-Republik fürchteten. Und jetzt soll er das auf die alten Tage noch nötig haben, - eine Zumutung ist das für den Nepperfänger wie für seine Klientel. Wahrscheinlich ist für diesen gänzlich unzimmermann'schen Luxus des „Differenzierens“ der neue junge Mann des alten Schlepperschrecks zuständig; denn die Sendung wird nicht etwa vom Bauernfänger selbst moderiert, sondern von Rolf-Dieter Lorenz, wer immer das sein mag. Na ja, vielleicht steh'n dem ja zu große Schuhe. Aber immerhin macht uns die oben abgebildete Studio-Dekoration Hoffnung, es doch mit einer echten Zimmermann-Sendung zu tun zu haben: Betrug! Diebstahl! Delikte! Raub! Mord! brüllen die Etiketten an den Zählwerken der Nichtswürdigkeit. Und immer ist es fünf vor zwölf und fast schon zu spät.

Mein wunderbarer Alltag

Warum werden alle schikanösen Erfindungen zuerst an Reisenden ausprobiert? Die ersten Karten-Telefonautomaten sind auf Flughäfen und Bahnhöfen aufgestellt worden. Natürlich ist das Telefonieren mit einer Karte viel bequemer als mit Münzen, nur versuchen Sie mal um Mitternacht auf dem Kölner und Münchener Flughafen eine Telefonkarte zu kaufen. Auf einen Münzautomaten kommen inzwischen drei Kartenapparate, und vor denen stehen dann die Menschen wie Diabetiker vor einem Baumkuchen und wissen nicht, wohin mit ihrer Verzweiflung. Nach den öffentlichen Telefonzellen kamen die Gepäckwagen an die Reihe. Für jeden Ordnungsfanatiker war es natürlich unerträglich, daß sie frei benutzt werden konnten und belie-



Henry Broder

big stehen gelassen wurden. Dagegen mußte etwas unternommen werden! Nun hängen die Gepäckwagen an einer Kette, man muß in ein Kästchen eine Mark schieben, um den Wagen von der Kette zu lösen.

Die Mark bekommt man zurück, wenn man den Wagen wieder an die

Kette hängt. Jetzt sehen die Bahnsteige wunderbar aufgeräumt aus, die Gepäckwagen stehen in Reih und Glied. Nur wenn man einen braucht, wird's schwierig. Man reißt sich den halben Arm ab, um einen aus der Verteilung zu lösen, die Kette klemmt meistens, hat man eine Mark zur Hand, paßt sie garantiert nicht rein.

Beim Aussteigen muß man das Gepäck bis zur nächsten „Station“ schleppen, beim Einsteigen schmeißen die Reisenden ihr Gepäck in den Zug und rasen mit dem Wägelchen zur nächsten Andockstelle zurück. Sie würden lieber ihre Koffer allein reisen lassen, als die Mark verschleppen. Ja doch, Ordnung ist das halbe Leben. Die andere Hälfte ist Kleingeld.

Schickimickihausen ist bald überall

Was Franz Maag über Neu-Pinnow berichtet, wiederholt sich gegenwärtig in manchen Dörfern am Rande unserer Großstädte, wenn nur folgende Voraussetzungen gegeben sind:

- günstige (nahe) Lage zur Autobahn
- Entfernung auf guter Straße zur Großstadt etwa 25 km
- Natur pur, (Alteinwohner können wohnen bleiben, es werden naturgemäß weniger).

Diese Feststellung ergab sich beiläufig (persönlich) nach einer Ortsbesichtigung im Landkreis Rostock, wo seit Mitte der achtziger Jahre das kleine Gutsdorf Beselin (7 km südlich von Rostock) unter Denkmalschutz steht.

Die IG ländliche Volksbauweise (Bauernhaus) in Rostock hatte 1985 die Begründung für die Denkmalswürdigkeit erbracht, die auch vom Rat des Kreises Rostock Land mitgetragen wurde und später den Ort auf die Denkmalliste setzte. Die Gründe seien kurz genannt:

- Kleine gut überschaubare Gutsanlage mit klassischer Gebäudekonstellation, ein klarer Dreiseithof mit Toreinfahrt zwischen vier Linden
- Entgegengesetzt der Zufahrt zum Herrenhaus liegt der Dorfteich, dahinter die mehrhiesigen Katen alter Bauformen wie verputzter Fachwerkbau, Pisébau, Ziegelbau mit Drempelgeschoß. An der kurzen Straße dorthin jüngere Einfamilienhäuser für Guts-handwerker.
- An der Zufahrtsstraße von der B 103 zwei Neubauernhäuser gemäß Befehl 209 der Besatzungsmacht.

Ende November d.J. füllte sich an einem Vormittag der enge Guts-hof mit Autos der guten Mittelklasse mit Rostocker und Hamburger Kennzeichen. Erschienen waren von der Gemeindeverwaltung der Bürgermeister und der Bürger-schafts-Vorsitzende, von der Kreisverwaltung Vertreter der Baubehörde und des Denkmalschutzes, Architekten, Bauplaner und Baubetriebe. Nach den ersten Erläuterungen geht es zunächst darum, die große Fachwerkscheune der Gutswirtschaft, die die Zufahrt zum Herrenhaus flankiert, aus der Denkmalliste zu streichen und abzureißen, damit an ihrer Stelle Einfamilienhäuser für zwei Familien gebaut werden können, um dadurch den Freizug des Guts-hauses zu ermöglichen. Da die Gemeindeverwaltung noch keine

Konzeption für dieses Dörfchen vorlegen kann, ließ sich die Beratung zunächst schwierig an. Doch die Leute aus Nordwestdeutschland wissen Rat. Sie rollen einen Bebauungsplan aus, den dann vier Hände - richtig eingeordnet versteht sich - zur allgemeinen Einsicht festhalten. Auf ihm ist der kleine Guts-park einschließlich Scheunenplatz säuberlich in Bauparzellen eingeteilt. Eine Anliegerzufahrt erschließt den inneren Raum, der von einem nierenförmigen Soll und alten Bäumen geprägt ist. Die andere Seite des kleinen Gutsdorfes erscheint nicht nur auf dem Plan, der Teichrand ist nur angedeutet. Der Bürgermeister und die meisten Teilnehmer sehen den Plan zum ersten Mal und schweigen.

Dann wird demonstrativ eine Fotomappe aufgeschlagen, es erscheinen viele bunte Bilder von Häusern, wie sie Anwesende in Schenefeld kürzlich anlässlich einer Exkursion bewundern konnten: rote Ziegelwände, viel Glas als Veranda, große liegende Fenster in der Dachfläche, ideale Variationsmöglichkeiten sind gegeben (wird gezeigt und gesagt), die moderne Fassadengestaltung wird besonders hervorgehoben. Die behutsam vorgetragene Feststellung des ehrenamtlichen Denkmalpflegers, daß die Häuser ja dreigeschossig sind, wurde mit dem Hinweis abgetan, die Häuser seien gemäß Katalog optimal anpassungsfähig und hätten ja den für Mecklenburg typischen 45°! Krö-pelwalm. Mir kamen die mit den Bildern gezeigten Dächer vor, als hätte ein wohlbeleibter und gut betuchter Kommerzienrat anlässlich seines 50. Klassentreffens seine Oberprima-Klassenmütze aufgesetzt. Daß aber zu diesem Bebauungsplan ehrlicher Weise auch die alten ehrwürdigen Katen und Einfamilienhäuser des gesamten Dorfes gehören, war kein Thema. Ich glaube, man braucht kein Hellseher zu sein, um zu erkennen, daß hier mit schneller Feder und viel Geld in der Hinterhand Fakten geschaffen werden sollen, von denen Denkmalpfleger aus den alten Bundesländern und auch die Vertreter von ECOVAST uns wiederholt sagten, macht bloß nicht die gleichen Fehler wie wir sie gemacht haben.

Bleibt zu fragen: Müssen die neuen Wohnsiedlungen hierzulande das gleiche Aussehen haben wie in Schleswig-Holstein und Niedersachsen? **Erich Stübe, Rostock**

Reise

Jersey - britische Insel mit französischem Flair

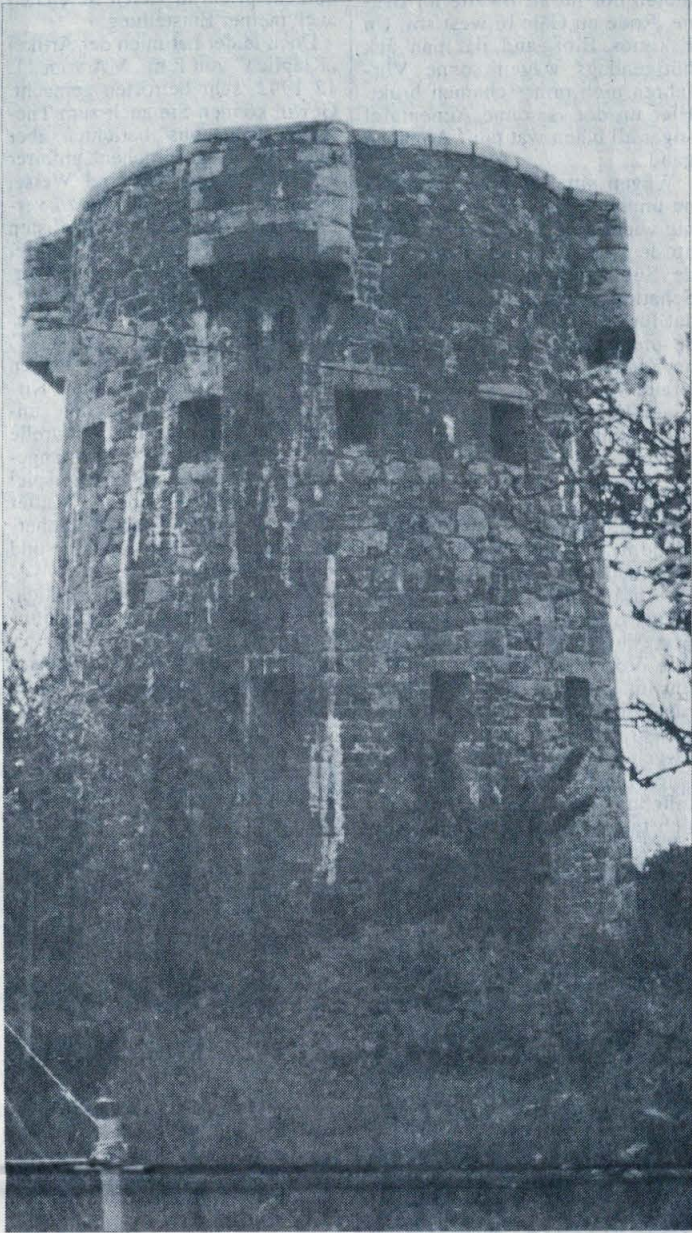
Weite Strände, schroffe Felsen, stolze Burgen

Jersey, die südlichste aller britischen Inseln, ist zugleich auch die größte Kanalinsel mit 116 Quadratkilometern und rund 80 000 Einwohnern. Die Länge beträgt 17, die Breite rund 10 Kilometer. Sie liegt geschützt durch die französische Contentin- und Normandie-Küste in der Bucht von St. Malo. Dank des ganzjährigen milden Klimas, durch den Golfstrom begünstigt, wird Jersey mit seiner ungewöhnlich reichen Fauna und Flora auch die Blumeninsel genannt.

Grüne Wiesen, wilde Ginsterhecken und schroffe Felsen entlehnte die Natur aus der französischen Normandie, die mancherorts auf Sichtweite nahe ist. Französische Lebensart kam hinzu und überdauerte wohlthuend die normannische Herrschaft des Mittelalters. Heute ist die Insel liebenswert britisch, jedoch weitgehend selbständig und von der britischen Krone mitregiert.

Schier unerschöpflich scheint die Vielfalt der Insel. Rund 800 Kilometer kleiner Landstraßen durchziehen die zauberhafte Landschaft, daneben zahlreiche Fußwege und Küstenwanderwege. Die zerklüftete Nordküste bietet einen außergewöhnlichen Ausblick auf das kristallklare blaue Meer und steile Klippen. Heidekraut und Ginster bedeckte Landzungen, einsame Klippenwege, Nistplätze von seltenen Vögeln begeistern jeden Naturliebhaber.

Im Westen steht der größte Teil unter Naturschutz. Im Grasland und in den Sanddünen sind über 400 verschiedene Pflanzenarten zu finden, darunter seltene Orchideen und die weiße Burnet-Rose. Die bewaldeten Täler im Landesinneren, über deren Pfade sich die Zweige alter Bäume wie grüne Dome wölben, schlängeln sich vom Ackerland im Norden bis zur Weite der St. Aubin's Bay im Sü-



Rund um die Küste stehen die alten Verteidigungstürme. Hier der St. Catharins Turm an der St. Catharins Bucht.

Foto: Elga Thouret

Marburg an der Lahn

Über dem sich just hier verengenden Tal der Lahn thront weithin sichtbar das ehemalige Schloß der Landgrafen. Von hier aus genießen Bewohner und Besucher Ein- und Rückblicke auf Ober- und Unterstadt des mittel-hessischen Ortes: Universitätsstadt Marburg an der Lahn.

Der Titel trifft nicht ganz, denn Marburg gehört zu denjenigen unter den Städten, die nicht eine Universität haben, sondern eine Universität sind. Jeder fünfte Einwohner ist an der traditionsreichen Phillips-Universität immatrikuliert und ein weiterer großer Teil der Bevölkerung verdient Brötchen und Baiser im tertiären Sektor, der an die Hochschule gebunden ist.

Die Schnellebigkeit und Geschäftigkeit der südhessischen Metropolen bleiben hinter den Lahnbergen; die Schnittmenge hiesiger Welten schneidet sich unterm Schloß zwischen Einkaufszentrum für das agrarisch geprägte Hinterland und universitärer Wissensproduktion. Für Schritte begegnen sich die alte Frau in hessischer Tracht und der männliche Langzeitstudent zwischen den Fachwerkhäusern der Innenstadt, nutzen die attraktiven Möglichkeiten von Ware und Wissenschaft in einem romantischen Ambiente.

Nach dem atemberaubenden Aufstieg durch enge Gassen und steile Stiegen erreicht man das Schloß. Bereits 1122 begannen die Landgrafen von Thüringen, zu deren Herrschaftsbereich Marburg gehörte, mit dem Bau einer Festung. Die Wehrranlagen sollten den Lahnübergang sichern und die Front gegen den Widersacher, den Mainzer Erzbischof, verstärken. Heute beherbergen die Gebäude nach jahrhundertlanger Baugeschichte das Universitäts-Museum, das erst vor zwei Jahren grundsätzlich neu konzipiert wurde.

Von der Höhe schweift der Blick über Stadt und Tal und bleibt beeindruckt an den über 80 Meter hohen Türmen der Elisabeth-Kirche hängen, die nahe dem Ufer der Lahn aufstehen.

Bis heute ist der Name der Stadt mit dem Gedanken an die heilige Elisabeth und mit der von den Deutschherren über ihrem Grab errichteten Kirche verbunden. Elisabeth, Tochter des ungarischen Königs und seiner Frau aus dem Geschlecht Andechs-Meran, heiratete auf der Wartburg den Landgrafen Ludwig IV von Thüringen. Nach dem frühen Tod ihres Gatten siedelt die junge Frau nach Marburg über, dem ihr bestimmten Witwensitz. Fortan führt sie ein gottes- und ihrem Beichtvater Konrad von Marburg fürchtiges Leben, betreut und pflegt Kranke und Bedürftige, gründet in den Niederungen der Lahn ein Hospital und verpflichtet sich selbst einem einfachen und schlichten Dasein. Doch sie stirbt früh, wird nicht älter als 24 Jahre.

Schon bald nach ihrem Tod geschehen am Grab der Landgräfin die ersten Wunder, und immer mehr Pilger und Kranke ziehen an ihre Wirkungsstätte, nach Marburg. Der Deutsche Orden und Elisabeths Schwager, der Landgraf Konrad, wollen den Strom der zahlreichen Zahlenden nicht ungenutzt vorbeiziehen lassen und Ansehen und Anwesen der Stadt stärken. Auf ihr Betreiben wird Elisabeth 1235 heiliggesprochen.

Noch im gleichen Jahr beginnen sie mit dem Bau eines monumentalen Mahnmals: Die erste gotische Hallenkirche auf deutschem Boden entsteht in knapp 50jähriger Bauzeit und wird der heiligen Elisabeth geweiht. Neben der eindrucksvollen Architektur des Bauwerks glänzt als sehenswertes Schmuckstück der aus Gold feinzisilierte und mit

Edelsteinen besetzte Schrein des Reliquiars der Elisabeth im Seitenchor der Kirche.

Von der Elisabeth-Kirche führt der Weg des Auges über die Wasserscheide zum Marktplatz. Seit 1581 kräht vom dortigen Rathaus zur vollen Stunde flügel-schlagend der Hahn. Eberhardt Baldwin, ein Erfinder aus Marburg, baute das Uhrenspiel in den eigens zu diesem Zweck der Fassade vorgebauten Treppenturm.

Wesentlichen Insignium des Marktplatzes ist der Brunnen: An dieser Stätte des Gerichtes klagte Sophie von Brabant, Tochter der Elisabeth, ihr Recht auf die hessischen Besitzungen der Thüringer ein. Der Klage wurde stattgegeben - das Land Hessen war geboren.

Direkt unterhalb des Schlosses markiert der aus dem Lot geratene Turmhelm der Lutherischen Pfarrkirche des 14. Jahrhunderts eine weitere touristische Attraktion und stadthistorischen Höhepunkt. Während der Reformation gehörten die hessischen Landgrafen zu den ersten, die zum neuen Glauben übertraten. Zum Zeichen dessen gründeten sie die Universität und luden Luther und Zwingli zum Disput auf das Schloß.

Der Blick streift die gegenüberliegenden Höhenzüge der Lahnberge, auf denen heute betonierte Wohngebiete und Neubauten der Hochschule wuchern. Und irgendwo im Wald brauen die Behringwerke pharmazeutische Produkte.

Trotzdem: Marburg ist eine Stadt für genüßliche Stunden und ein gemütliches Leben. Und wenn sich auf der winterlich zugefrorenen Lahn das Volk tummelt, scheint es, als wäre ein Bild von Bruegel vor die Silhouette von Schloß und Stadt geschoben.

M.K. Langhorst

den. Dazwischen alte, aus Granit gebaute Bauernhäuser, die sich hinter hohen Hecken verstecken, historische Steinkirchen, Wassermühlen, verschlafene Dörfer und grandiose Herrenhäuser neben schilfsäumten Teichen oder lebhaft plätschernden Bächen. Vorbei an saftigen Wiesen, auf denen die berühmten Jerseykühe grasen. Sie geben nicht nur besonders fette Milch, sondern haben - so die Einheimischen - „ein wunderschönes Gesicht mit treuen Augen und langen Wimpern.“

Neben all den landschaftlichen Schönheiten gibt es eine Vielzahl interessanter Sehenswürdigkeiten, die die Geschichte, die Kultur und die Erzeugnisse des Landes widerspiegeln. Wer nicht die Insel auf Schusters Rappen erkunden will, nimmt am besten einen Mietwagen, wenngleich man sich an den Linksverkehr und die oft sehr engen Straßen erst gewöhnen muß. Nicht zu unrecht bezeichnen die Insulaner die mit „H“ gekennzeichneten Mietwagen als „Horror“ cars.

Zwei prachtvolle Burgen zeugen von der bewegten Vergangenheit: das Mont Orgueil Castle in Gorey und das Elisabeth Castle in St. Helier. Von der stattlichen mittelalterlichen Burg, die zur Zeit von König John im frühen 13. Jahrhundert zum Schutz der Insel errichtet wurde, hat der Besucher einen zauberhaften Blick auf die ganze Ostküste. Im Inneren wird die Vergangenheit mit Tonbändern und lebensgroßen Puppen in alter Kleidung wiedererweckt.

Das Elisabeth Castle, das 1590 auf einer Felseninsel erbaut wurde, kann bei Ebbe über einen

Damm durch St. Aubin's Bay erreicht werden. Bei Flut bringt eine Fähre die Gäste zur Besichtigung hinüber.

Zu den ältesten Sehenswürdigkeiten zählt La Hougue Bie, ein Dolmengrab aus dem Neolithikum, das erst 1924 entdeckt wurde. Nicht entgehen lassen sollte man sich einen Besuch im Zoo, der durch seine Gorillas - allen voran „Jambo“ - weltberühmt wurde. Hier werden seltene und gefährdete Tierarten gezüchtet. Auch die „Jersey Poterie“ lädt zur Besichtigung ein. Hier kann man den geschickten Töpfern bei der Arbeit zuschauen, hübsche Souvenirs kaufen und außerdem hervorragend essen. Apropos Essen. Im Frühjahr werden auf der Insel köstliche Frühkartoffeln in der Schale angeboten - sie heißen die „Royal Jerseys“. In St. Clement, im „Samares Manor“, ist einer der größten Kräutergärten Großbritanniens zu bewundern, mit über hundert Sorten. Das prachtvolle Herrenhaus darf am Vormittag besichtigt werden. Chefköchin Sheila Keiro sammelt jeden morgen ihre eigene Auswahl frischer Kräuter zum Kochen und Garnieren. Hier gibt es auch die berühmten Kuchlein „Jersey Wonders“, oder - wie überall auf der Insel - „Cream Teas“, ein kleines Gericht bestehend aus Tee, Gebäck, Butter, Erdbeermarmelade und Sahne.

Jersey ist bekannt für seine gute Küche, allem voran die hervorragenden Fischgerichte. Eine Delikatessenspezialität ist das Schalentier „Jersey Ormer“ oder die vorzüglichen Austern, frisch von der Austernfarm.

Ein besonderes Vergnügen bereitet ein Bummel durch die

King-Street/Queen-Street in der Hauptstadt St. Helier, die die „billigste Meile der Welt“ genannt wird. Hier werden preiswert Gold, Uhren, Schmuck, Parfüms und dergleichen angeboten.

Wer sich in seinem Urlaub sportlich betätigen möchte, findet hier so ziemlich alles, was das Herz begehrt. Die St. Queen's Bay, St. Catharines Bay und St. Brelades's Bay sind einzigartige Paradiese für Wassersportler. Auch Golfer kommen voll auf ihre Kosten: Zwei 18-Loch-Golfanlagen und ein 12-Loch-Platz, der noch auf 18 erweitert werden soll, stehen zur Verfügung.

Wer die kleine Insel Jersey als Urlaubsziel wählt, wird von ihrer Vielseitigkeit begeistert sein. Besonders beeindruckend aber ist die Freundlichkeit ihrer Bewohner, der man auf Schritt und Tritt begegnet.

Informationen: Prospekt-Auskünfte: Jersey Tourism, Postfach 20, 6229 Wal-luf, Telefon: 06123-72074

Anreise: Die DLT, Tochter der Lufthansa, fliegt jeden Samstag von Frankfurt und Düsseldorf nach Jersey. (Samstags auch zurück) Preis für Super-Flug- und Spartarif: DM 935,00 hin und zurück.

Unterkünfte: Für jeden Geldbeutel die passende Unterkunft. Vom Privatzimmer bis zum besten Hotel Englands, dem Longueville Manor.

Veranstalter: Airtours, Wolters-Reisen. Buchungen im Reisebüro.

Lektüre: Kanalinseln - kennen und lieben. Erschienen im LN-Verlag Lübeck. Erhältlich im Buchhandel.

Elga Thouret

Wo Goethe

„Wanderers Nachtlied“ schrieb

Wintersport am Rennsteig im Thüringer Wald

Unendliche Wälder, Berge, Seen, alterwürdige Städte, historische Burgen und Schlösser, denkmalgeschützte Fachwerkhäuser, eine Landschaft voller Harmonie und Romantik - das ist der Thüringer Wald. Goethe, Schiller, Bach, Luther lebten und wirkten hier und die Menschen sind heute noch alten Traditionen verbunden.

„So schön wie der Thüringer Wald ist wohl kein anderer auf der weiten Welt...“, so begann der dänische Dichter Martin Andersen-Nexö (1869-1954) seine Novelle „Die Puppe“.

Zu keiner Jahreszeit aber scheint die Natur so rein und unberührt, wie in einem richtigen Gebirgswinter. Verschneite Wälder und Wiesen, schneebedeckte Berge und vereiste Seen, geben der Landschaft etwas Märchenhaftes.

Dort, wo der Rennsteig, der uralte Paß- und Grenzweg, sich bis zu fast 1000 Meter hoch hinauf über den Kamm des Thüringer Waldes windet, liegen rechts und links die Wunschträume eines jeden Wintersportfans. Skifahren, Langlauf, Rodeln, Eislaufen und Eisstockschießen. Es gibt Skischulen und Pferdeschlittenfahrten - und über 500 Kilometer gespürte Loipen. Der Rennsteig ist 168 Kilometer lang. Er gilt als einer der schönsten und reizvollsten Fernwanderwege in Europa. Ein Winterparadies für Skiwanderer, die hier, zwischen Hirschfeld bei Eisenach und Blankenstein an der Saale, eine vielfach noch unberührte Landschaft finden. Über die ganze Strecke begleiten sie die Schilder mit dem großen „R“. Wanderhütten entlang des Weges und Gaststätten in den nahegelegenen Städten und Dörfern sorgen für Unterkunft und das leibliche Wohl.

Im Norden, am Fuße des Großen Inselberges, (916 m) lie-

gen die Höhen zwischen 420 und 750 Meter die Wintersportorte Steinbach, Tabarz, Friedrichsroda, Brotterode und Finsterbergen. Oberhof, etwa 30 km südlich, gilt als der bekannteste Wintersportort im Thüringer Wald. Hier finden jährlich Weltcup und Meisterschaften im Skispringen, Rodeln, Bobfahren, Langlauf und im Biathlon statt. Gleich in der Nähe überwindet der Rennsteig die höchste Erhebung des Thüringer Waldes, den Großen Beerberg (982). Bei Ilmenau, auf dem Großen Kichelhahn (861), schrieb Johann Wolfgang von Goethe „Wanderers Nachtlied“ auf die Tür der Jagdhütte: „Über allen Gipfeln ist Ruh, ...“.

Wo der Rennsteig in das Thüringische Schiefergebirge eintaucht und in den Frankenwald übergeht, liegen allein in der Umgebung von Neuhaus am Rennweg 14 Wintersportorte zum Teil mit Liftanlagen und alle mit gut hergerichteten Abfahrten für Köhner und Anfänger.

Winter im Thüringer Wald bedeutet aber nicht nur weiße Hänge, gespürte Loipen, Skilifte und Eislaufen, sondern auch Begegnung mit den Menschen, die seit Generationen Sprache, Brauchtum und Kultur erhalten haben. Wenn es am Abend still geworden ist auf den Pisten und Hängen, und die dampfenden thüringischen Spezialitäten auf den Tisch kommen, erlebt der Gast die weit über die Landesgrenzen hinaus gerühmte Gastlichkeit. Die echten „Grünen Klöße“ gibt es, die viele Namen und noch mehr Rezepte haben. Hüttes, Hebes, Höbes oder Knelle heißen sie hier und man sagt, daß ein richtiger Thüringer seine eigenen Klöße öfter einmal neu erfindet. Natürlich fehlen auch die bekannten Bratwürste und der obligatorische Kuchen nicht.

Sagen und Märchen sind hier entstanden und geistern noch

durch die Gemüter. Sie haben Dichter, Philosophen und Komponisten inspiriert. Auf den Hirsbergbergen bei Eisenach hatten der Sage nach Ritter Tannhäuser und Frau Venus, der Getreue Eckehard und die Raben Wotans ihren Sitz. Die Sage erzählt auch von dem Sängerkrieg, der 1207 auf der Wartburg stattgefunden hat und nur mit Hilfe des Zaubers Klingohr unblutig endete. Martin Luther übersetzte hier die Bibel und warf sein Tintenfaß an die Wand, um den Teufel zu vertreiben. Den Flocc gibt es nicht mehr. Er ist Souvenirjägern zum Opfer gefallen.

Thüringen ist das Land der Burgen, Schlösser und historischen Städte. Aber auch alter Handwerkstraditionen, die sich nicht nur in den Bauten und Kirchen vergangener Epochen widerspiegeln, sondern auch heute noch fortgeführt werden. Bekannt sind das Spielzeugmuseum in Sonneberg, das Museum für Glaskunst in Lauscha oder das Waffenmuseum in Suhl.

Die Schönheiten des Thüringer Waldes können nicht beschreiben, sie müssen erlebt werden.

„...die Gegend ist herrlich, herrlich!“ schrieb Goethe aus Ilmenau an Herzog Karl August nach Weimar. Sie ist es heute noch - und das zu jeder Jahreszeit.

Informationen: Hotels, Gasthöfe, Ferienwohnungen, Ferienhäuser und Privatzimmer stehen in genügender Anzahl zur Verfügung. Die Preise für Übernachtung ohne Frühstück, beginnen bei DM 10,00 pro Person und Tag.

Auskünfte: Fremdenverkehrsverband Thüringer Wald/Südthüringen, Postfach 124, O-6000 Suhl, Telefon: 0037-66-22179.

Will Scherbach